

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1923 200 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 200 M., für das übrige Ausland 1100 M. ...

Telegraphen-Adressen: Sozialdemokratische Partei

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kompositorenzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 2. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor der Entscheidung.

Die neue deutsche Note.

Die Gewerkschaften haben das bekannte Schreiben des Reichsverbandes der Industrie einer ausführlichen Antwort gewürdigt, die unsere Leser an anderer Stelle finden.

Was dies nicht geschah, so hätte man wenigstens jetzt jedes Gefährde vermeiden und unter zielbewusster Führung einer energischen Regierung in der Stille Praktisches leisten müssen.

Was von dieser zweiten Note und ihrer Aufnahme in der Welt abhängt, braucht kaum näher ausgeführt werden.

Die Politik des passiven Widerstands gegen die Ruhrinvasion wurde nicht nur von den Arbeitermassen gebilligt, sie entsprang ihnen selbst und wurde von ihnen getragen.

Die Voraussetzungen dafür war, daß es ihr gelang, den besitzenden Klassen den Ernst der Situation begreiflich zu machen.

Wenn eine Regierung imstande war und noch ist, ohne schwere innere Erschütterungen die bestehenden Klassen im Interesse des Vaterlandes auf den richtigen Weg zu bringen.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß dieses Ziel nur dann zu erreichen ist, wenn das deutsche Angebot wenigstens einem Teil der Verbündeten als geeignete Verhandlungsgrundlage erscheint.

Kein verständiger Mensch wird der Regierung Cuno ein solches Ende wünschen. Die Lektion wäre zu teuer bezahlt. Wir alle sind daran interessiert, daß die auswärtige Krise zu einem erträglichen Ausgang geführt wird.

Gewerkschaften gegen Industrieverband

Eine Denkschrift an den Reichskanzler.

Sämtliche freien und Hirsch-Dunderschen Spitzengewerkschaften haben dem Reichskanzler aus Anlaß des Angebots der Industrie am Freitag folgendes Schreiben überreicht:

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, dankt vom 25. Mai 1923, der Reichsregierung ein Schreiben übermittelt, in dem er erklärt, in welchem Umfange und in welcher Form er die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Ansehensdienst möglich und angängig erachtet.

Wir erkennen an, daß die Stellungnahme der Industrie endlich die grundsätzliche Zustimmung zum Gedanken der Sachwertverfassung bringt.

Die Haltung der Industrie läßt den Schluß zu, daß sie das Gesamtproblem der Reparation über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen will.

Die Sachwertverfassung kann nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung verwirklicht werden.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Sachwertverfassung kann nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung verwirklicht werden.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten.

panzert als irgendeine ihrer Vorgängerinnen, selber aus den Kreisen der Wirtschaft hervorgegangen, besitzt sie die nötige Autorität; um den Grobherren der deutschen Wirtschaft die Opfer aufzuerlegen, die die Not des Landes von ihnen fordert.

Die nächste Woche bringt die schwersten Entscheidungen. Noch einmal soll von Deutschland ein neuer Vorschlag ausgehen, um die Weltkrise durch Verhandlungen zu beenden.

Die neue Note der Reichsregierung an die alliierten Mächte wird nach dem „Soz. Parlamentsdienst“ bestimmt nicht vor Mitte der kommenden Woche überreicht werden.

Gewerkschaften gegen Industrieverband

Aus diesem Verlangen der Industrie ergibt sich schließlich ihr Verzicht auf die bisherige Forderung, daß namentlich Reichsbahn und Post unter Ausserachtlassung ihrer eigenen Rentabilität die Interessen der Privatwirtschaft berücksichtigen müssen.

Selbst bei Verwirklichung jenes Verlangens der Industrie dürfte die Erzielung der von ihr angenommenen Erträgnisse der Reichs- und Staatsbetriebe für absehbare Zeit nicht möglich sein.

Das Schreiben der Industrie läßt erkennen, daß sie den Blick vornehmlich auf die

Schonung der Privatwirtschaft und des Privatvermögens richtet und daß sie unberücksichtigt läßt, daß die Erhaltung dieses Besitzes von der Erhaltung des Staates und seiner Wirtschaft abhängt.

Wir vermessen in dem Schreiben des Reichsverbandes den Willen zu

ausreichender Steuerleistung.

Er wäre um so nötiger, als die Arbeitnehmerschaft es nicht verstehen kann, daß sie bei der Besteuerung mit dem vollen Geldwerte erfährt wird, während Industrie, Handel und Landwirtschaft infolge der Wertverwertung nach wie vor nur geringe Bruchteile der vom Befehlgeber beabsichtigten Steuerleistung aufbringen.

Wir empfinden es als unerträglich, daß die Industrie ihre wirtschaftliche Macht durch Stellung von Bedingungen bei Erfüllung von Staatnotwendigkeiten auszunutzen sucht.

Die Volkswirtschaft, die hinter den von den unterzeichneten Spitzenverbänden vertretenen Gewerkschaften stehen, erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie von Regierung und Reichstag eine Verteilung der Reparationslasten erwarten, die vor allem die großen fundierten und unfundierten Vermögen zur Deckung heranzieht.

Dem Schreiben ist eine Anlage beigelegt, die auf die Einzelheiten des sogenannten „Angebots“ der Industrie eingeht.

Die vom Verfallener Vertrag und durch das Londoner Diktat geforderten Reparationen überschreiten die Leistungsfähigkeit Deutschlands und sind unerfüllbar.

Auch die nach dem Urteil der uns freundlich gesinnten Kreise im Ausland billigerweise von Deutschland zu fordernden Leistungen können aus den derzeitigen Einnahmen des Reiches und der Länder nicht getragen werden.

Die Einheit und die Freiheit des Reiches werden gefährdet, wenn der private Besitz für die Verpflichtungen des Reiches nicht ausreichend mit herangezogen wird.

Der Reichsverband der deutschen Industrie erkennt diese Notwendigkeit zwar grundsätzlichen an. Er will aber den Privatbesitz nur in vorübergehender Verpfändung und nur insoweit verpflichtet sein lassen, als er in unbeweglichem Vermögen ver-

Privatisierung dieser Betriebe ausgeschlossen



körper ist. Das gesamte bewegliche Vermögen soll also von der Inanspruchnahme ausgeschlossen sein. Hierzu fehlt jede Berechtigung.

Soweit eine vorübergehende Verpfändung von Sachvermögen erörtert wird, ist sie an so viele Voraussetzungen geknüpft, daß das Angebot seinen Hauptwert verliert. Die Rücksichtnahme der Industrie auf ihre Interessen läßt die Interessen der Gesamtheit viel zu kurz kommen.

Es fällt auf, daß nach Meinung des Reichsverbandes:

- a) aus den staatlichen Pfandobjekten, sofern sie nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen ertragsfähig werden, in absehbarer Zeit jährlich etwa 800 Goldmillionen, vielleicht eine Milliarde und mehr, herausgewirtschaftet werden können, während
- b) die gesamte deutsche Wirtschaft unter Anspannung aller Kräfte neben den „sonstigen schweren Lasten“ nur eine Höchstsumme bis zu 500 Goldmillionen aufbringen könne.

Wenn Eisenbahn und Post, diese Hilfsbetriebe der deutschen Wirtschaft, in der Hauptsache den angegebenen Betrag erzielen sollen, ist es geradezu unverständlich, daß die Leistungsfähigkeit der ganzen deutschen Wirtschaft auf höchstens 500 Goldmillionen geschätzt wird. Das Verhältnis zwischen den geschätzten Erträgen der Staatsbetriebe zu dem angegebenen Ertrag der deutschen Wirtschaft ist sachlich nicht zu erklären.

Es ist irreführend, wenn der Reichsverband den Kapitalwert der von der deutschen Privatwirtschaft zu garantierenden Jahresleistung auf mehr als die Hälfte seines gegenwärtigen Verkaufswertes schätzt. Danach würde der Wert der gesamten deutschen Wirtschaft nur auf rund 20 Goldmillionen anzunehmen sein. Diese Schätzung ist unzulänglich.

Die grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung ist unmöglich und widerspricht der eigenen Forderung des Reichsverbandes, die Staatsbetriebe in erster Linie für die Hoftung des Reiches heranzuziehen. Die Weinhaft des Staates für Reparationsverpflichtungen erfordert einen Ausbau und eine Leistungssteigerung der Reichsbetriebe im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft.

Das Schreiben des Reichsverbandes verlangt Aufhebung der Kriegskriegs- und Zwangswirtschaft einseitig für die Außenhandelskontrolle, die Kriegs- und Zwangswirtschaft ist — zum Nachteil der breiten Massen — zum größten Teil abgebaut. Dies trifft zu im besonderen für die Lebensmittelversorgung mit Ausnahme von Brot, Milch und Zucker; aber auch hier ist die Zwangswirtschaft derartig gelockert, daß die Preise dem Weltmarktpreis fast genähert und hauptsächlich nur noch Verteilungsvorschriften übriggeblieben sind. Die Außenhandelskontrolle, die eingeführt wurde, um die deutsche Wirtschaft vor Substanzverlust zu schützen, befindet sich in völliger Selbstverwaltung der Wirtschaftskreise und ist zu einem wesentlichen Teil abgebaut.

Eine sofortige Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen ist für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar.

Ihre Verordnungsform trägt schon der Erwartung eines vorübergehenden Zustandes Rechnung. Die sozialen Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge, Arbeitszeitregelung, Tarifverträge, Schlichtungswesen usw. beruhen auf Demobilisierungsrecht; sie werden in absehbarer Zeit durch Gesetz abgelöst. Ihre sofortige Aufhebung ist ganz unmöglich.

Die Forderung nach einer Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichteramt in wirtschaftlichen Streitigkeiten von allgemeiner Bedeutung enthält einen so überaus bedauerlichen

#### Mangel an sozialer Einsicht

gegenüber den unter den Nachwirkungen des Krieges leidenden arbeitenden Volksteilen, die schon heute der Bereicherung in hohem Maße anheimgegeben sind, daß es schwer fällt, diesen

#### Rückfall in das trübseligste Manchestertum

sachlich zu charakterisieren.

Wir bekämpfen den Grundmangel der gegenwärtigen Steuer- gesetzgebung, die systemlos Steuern auseinanderhäuft. Viel schlimmer noch als jener Mangel sind die Wirkungen. Die Geldentwertung hat erhebliche Teile der Steuer- gesetzgebung praktisch fast bedeutungslos werden lassen, so daß von einer Heranziehung der Gesamtheit des Volkes nach Maßgabe der Kräfteverhältnisse heute nicht die Rede ist. Eine Hebung der Steuermoral setzt voraus den Verzicht der Industrie und der übrigen Wirtschaftskreise, noch länger Nutznießer der Geldentwertung bei der Steuerleistung zu sein, wie es vor allem durch die geltenden Bewertungsvorschriften ermöglicht wird.

## „Sataniel“ von Ignaz Waghalter.

### Aufführung im Deutschen Opernhaus.

**Erster Akt:** Die Teufel brechen durch den Kamin in die Bauernstube, wo Marina und Bonifazius sich zur Hochzeit an die Bauernstube, wo Marina und Bonifazius sich zur Hochzeit anschauen. Ein Spul beginnt. Die Hölle fürchten haben Satanien ausgetreten, um die Tugend der Braut auf die Probe zu stellen und erscheinen plötzlich als ungetauerte gräßliche Gäste, die Gesellschaft zur Liebesfeier treiben. Marina bleibt hart, Bonifazius läßt sich von einer kleinen Teufelin zu einem Ruf verführen. Schließlich wirft die resolute Braut den Bräutigam mit samt seiner Sippe zum Tor hinaus, und Satanien steht siegestroh allein bei der enttäuschten Frau.

**Zweiter Akt:** Vor dem Haus. Satanien wirbt um Marina, sie scheinbar begehrend und durch Eifersüchtelei stachelnd. Zwei Wunderdinge drängen er ihr auf, die Liebe und Sehnsucht entgegenzutreten. Die Widersprechende wird durch ihre eigene Eitelkeit in Gefahr gebracht. Doch nein, sie widersteht, obgleich im schwächsten Moment Willkür von Tanz und erotisch-herrlicher Vor ihr austauschen, teuflisch bestellte Arbeit. Furioso, der Konkurrent Satanien's, der selber gern die Verführung übernommen hätte, mischt einen Liebestrank in die Gläser der Männer, die nun beide verliebt auf den Vorbeigehenden landen liegen.

**Dritter Akt:** Die Sippigkeit kommt zurück. Der blinde Bonifazius bereut seinen kleinen Fehler, verrät der halb schon gewonnenen Marina, daß er das Gasthaus „Zum goldenen Sockel“ gekauft habe und schwört erneuert seine Liebe. Der gräßliche Teufel muß vertrieben zuhause, wie das Paar im Schlafzimmer verschwindet. Furioso wird Hausknecht bei den Menschen, um deren Leiden auszukosten. Alle anderen rasen zur Hölle zurück.

Somit Fardes-Milo, der Lyrikdichter. Das Stückchen hat eine lustige Idee, die für einen komischen Einakter ausreicht. Ein Nummernschmuck, ein Karnavalsscherz etwa, untermischt mit Ration, die Bittne schon im „Höllisch Gold“ verarbeitet hat. Die so sehr standhafte Frau ist zwar auch im polnischen Bauerntum ein seltsames Jüchel, aber sie dreht und wendet sich schon recht menschlich. Und wenn die Phantastik stürmischer, bizarrer wäre, als sie in oft schlüssigen Dialogen zum Ausdruck kommt, wenn mehr Komik an Stelle der märchenhaften Bilderbühnen getreten wäre, so hätte man lachen können und zufrieden sein.

Der Kapellmeister Ignaz Waghalter hat zweimal in dieser Oper sein musikantisches Potential entdeckt, und natürlich in Originalen. Er hat auch entdeckt, daß Offenbach, d'Alibert, ja, daß der „Oberon“ Weber vor ihm geliebt haben muß und daß der Walzer in Berlin seit 20 Jahren Allgemeingut aller Komponisten ist. Sonst hilft sich Waghalter viel mit einfachen Instrumentalführern, die immer wirken und ungefähr so landläufig sind wie Wortwitze. Für die Teufelsgestalten ist das mit ein paar leeren Flöten- und Violdolensprünge getan. Echte und erbeutete Liebe gehen in einem schmeißenden, sehr süßen und nicht sehr wählischen Melos unter. Es fehlt der Melodie nicht an Sinnhaftigkeit, wohl aber an Charakter und persönlicher Reiz. Ein jedes Quartett fällt wohlgefallig aus dem Rahmen des breit hinstellenden, bürgerlich Angenehmen; ebenso die nationalen, schwungvoll treibenden Tänze. Im Orchester

Einer sinnvollen Steuerreform zum Zwecke der Ausbalancierung des Haushaltes müßten folgende Richtlinien zugrunde liegen:

- 1. Organische Zusammenlegung und Vereinfachung der derzeitigen Steuern nebst Vereinfachung des Steuerverwaltungssystems.
- 2. Selbsttätige Anpassung der Steuern an den sich ändernden Marktwert nebst Automatisierung des Steuer- eingangs.
- 3. Schaffung einer wirklichen allgemeinen Quellen- besteuerung im Sinne einer Erfassung der Sachwerte, die allein (nebst wirtschaftspolitischen Maßnahmen) zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Inflation führen kann.

Der Reichsverband verlangt den vollen Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Hebung der Produktion, also eine Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung.

Wir stellen den Widerspruch zwischen dem vollen Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Hebung der Produktion und der Entlassung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen fest. Jene Forderung bedeutet nicht nur die volle Arbeitspflicht aller Beschäftigten, sondern auch die Anerkennung des Rechts auf volle Beschäftigung. Denn wo anders sollte der Arbeitnehmer die Mittel zu seiner Existenz hernehmen, wenn dem Staate zugleich das Recht der Fürsorge bestritten wird. Diese Forderung bedeutet Entlassung aller nicht voll Verwendungsfähigen, also

#### Ueberlieferung an Hunger und Not.

Gerade die Entlassung der Arbeitnehmer, die teilweise und periodischen Betriebsbeschränkungen und -stilllegungen wirken der Steigerung der Produktion entgegen und erschweren auch deren qualitative Hebung.

Wenn daneben die Industrie den Achttundentag grundsätzlich aufrechterhalten wissen will und ledigliche Erhöhung der Tarif- freiheit verlangt, so könnte das zu dem Glauben verleiten, die Arbeit- gebertreue hätten sich mit dem gesetzlichen Achttundentag abgefunden und wollten sich mit den tariflich geregelten Ausnahmen begnügen. Der Hinweis auf die Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrates besagt aber im Gegenteil, daß die Unternehmer auf die lange Frist die gesetzliche Ausnahmen in den vorliegenden Arbeitszeitgesetzen nicht zu verzichten gedenken. Hierdurch würde aber jede tarifliche Regelung der Ausnahmen überflüssig, weil die Ausnahmeregelung weit über Bedarf durch gesetzliche Regeln gedeckt wären.

Die Forderungen belegen nichts anderes als: staatlicher Zwang auf die Arbeitnehmer zur vollen Einbringung der Arbeitskraft für quantitative und qualitative Hebung der Produktion durch gesetzliche Verpflichtung zu mehr als achttündiger Tagesarbeit, unterstützt durch unbeschränkter Entlassungsrecht der Arbeitgeber. Es bedeutet ferner die Abwälzung des dem Beschäftigten zuzurechnenden Teiles der Reparationslasten auf die Arbeitnehmer, die dann durch Mehrarbeit und Hunger die Verzinsung der dem Auslande geschuldeten Milliarden aufzubringen hätten. Mit dem Versuch der Durchführung einer solchen Forderung müßten

unabsehbare soziale und wirtschaftliche Kämpfe entbrennen. Denn die Gewerkschaften könnten eine solche Entziehung der Arbeitnehmer niemals dulden!

Die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten ist schon heute um ein ganz beträchtliches unter den früheren Lebensstandards gesunken und bewegt sich mit wenigen Ausnahmen an der Grenze der nackten Existenzgränzung. Dieser Zustand ist untragbar aus innerpolitischen Gründen! Auch das Ausland kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß im Herzen Europas ein 60-Millionen-Volk mit einer so tief stehenden Lebenshaltung seine Waren auf dem Weltmarkt wirt.

Die deutschen Arbeiter müssen wieder zu einer Lebenshaltung gelangen, die mindestens dem durchschnittlichen Lebensstandard in den Industrieländern Europas entspricht. Nicht nur auf dem Absatzdumping, sondern auch auf diesem gesunkenen Lebensstandard der deutschen Arbeiter beruhend besteht ein Teil in der Nachkriegszeit die Exportgewinne der deutschen Industrie.

Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, durch Befreiung des Achttundentages und noch weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage die Reparationslasten zu tragen. Sie haben den Achttundentag, ihn werden sie sich zu erhalten wissen.

Zusammenfassend erklären wir, daß in dem Schreiben des

Reichsverbandes die Grundlage für die Lösung des Gesamtproblems der Reparation nicht gegeben ist.

An einer gefunden Lösung des Reparationsproblems mitzuwirken, betrachten die unterzeichneten Gewerkschaften auch weiterhin als ihre Aufgabe.

## Die „Voraussetzungen“ der Industrie.

### Kritik christlicher Arbeiterführer.

Ein Teil der christlichen Arbeiterschaft, insbesondere die Freunde des Herrn Siegerwald, haben das „Angebot“ der Industrie, wenn auch mit einigen Vorbehalten, so doch im allgemeinen mit einer bewundernswerten Genehmigung aufgenommen. Aber es gibt auch christliche Gewerkschaftler, die sich die eigene Kritik bewahrt haben und von den „Voraussetzungen“ der Industrie weniger entzückt sind. Das Urteil dieser Leute ist für den Reichsverband der Industrie und seine Anhänger vernichtend. Sie erblicken in den „Voraussetzungen“ für die Garantieleistung eine freche Herausforderung der Arbeiterschaft. So schreibt z. B. in der „Rheinischen Volkswacht“, dem offiziellen Organ der Kölner Zentrumspartei, der Bauleiter Vorholz über die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie u. a.:

Wenn sogar Arbeiterverbände und deren Syndikate ihre Hauptaufgabe darin sehen, immer auf neue Wege zu sinnen, wie die Arbeitnehmer in ihren Rechten geschnitten werden können, wie dem heiligen Selbstagoismus der Unternehmer auf Kosten der Arbeitnehmer gebietet wird, dann müssen eben Zwangsmittel angewendet werden; denn

#### das Treiben ist staatsgefährlich.

Wir lassen uns den in unseren Tagen der Not so bitter nötigen Gedanken wahrer opferbereiter Volksgemeinschaft durch scharfmacherische Syndikate und sonstige Wähler im Unternehmerlager nicht zerstreuen! Dann wird Volksgemeinschaft eben ohne die gemacht, die dafür kein Verständnis, keine innere Reue haben und demzufolge auch keine Opferbereitschaft kennen.

Diese Kampfanzeige eines christlichen Gewerkschaftsführers wird von dem Kölner Zentrumsbild durch einen Kommentar stark unterstrichen. In einer Form, die nichts zu wünschen übrig läßt, wird den Herren der Wirtschaft gesagt, wie groß ihr „Mangel an sozialer und humaner Gesinnung“ ist und daß solche unsoziale Gesinnung und Handlungsweise „schlimmster Klassenkampf von oben“ ist. Es scheint, daß man in Arbeitgeberkreisen auf Machtprosen lossteuert, aber man dürfe sich nicht täuschen: „Die Arbeiter- und Angestelltenschaft ist auch im christlichen Gewerkschaftslager auf diese eventuell notwendige Auseinandersetzung lange gefaßt. ... Man wird sie entschlossen finden, um die guten staatsbürgerlichen, um die guten gesetzlich festgelegten sozialen Rechte, um die einfachsten Rechte auf menschenwürdige Existenz, fern von neuer Lohnsklaverei, mit dem ganzen Einsatz ihrer organisatorischen und moralischen Kräfte zu ringen, bis der Sieg ertönt ist.“

Wenn trotz dieser Empörung das Organ des Herrn Stegerwald, „Der Deutsche“, sich immer noch als Verteidiger der Industrie aufspielt, dann handelt es sich um die Ueberzeugung eines wesentlichen Teiles der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

## Die rasende Teuerung.

Nachdem der Dollar auch gestern seine bisherigen Rekordkurse weit überboten hat und bis auf 75 000 emporgeschwollen ist, vergrößert sich die Teuerung auf allen Gebieten. In der letzten Woche des Mai haben die Lebenshaltungskosten in Berlin nach den eher zu niedrigen als zu hohen Berechnungen der Stimmesschen „Industrie- und Handelszeitung“ auf das 492%, also auf das rund fünf- bis sechsfache des Vor- kriegsstandes erreicht; die meisten Lebensmittel und Bekleidungswaren sind weit über diesem Stand. Die Löhne sind noch nie so weit hinter der Teuerung zurückgeblieben wie in den letzten Wochen.

Unter diesen Umständen kann nicht nachdrücklich genug gefordert werden, daß die Regierung Maßnahmen gegen ein weiteres Ansteigen des Dollarkurses und für eine rasche Anpassung der Löhne und Gehälter an die wahrscheinlich steigenden Kosten der Lebenshaltung trifft.

Ist jede moderne Ruane vertrieben (bis auf die Cresta), das Spielerische ist hienemals hübsch getroffen, hienemals in einer dialektischen Paratur veropert. Im Grunde wäre die Einstellung auf Operette stillos gewesen und statt Charlottenburg hätte das Große Schauspielhaus die Realität herausbringen sollen. So blieb es bei loder geflügelten Kummern, die eine Teufelsooper mit manchem Biss und verteuft viel Bedognen anfüllen, ohne sie zu erfüllen. Herta Stolzenberg tat alles, um dem Wertchen Tempo zu geben. Regierend, liegend und halb verführt blähte sie in Gelang und Spiel reichend auf. Paul Hansen führte die Teufel mit vorwegener Tenoralküre glänzend an, und sein Kollege Randi holte die grotesken Situationen aus dem Nichts heraus. In einem etwas pappigen Milieu bewegten sich im übrigen, Dvorsky, Bitt, Schöpflin, Werner und Fräulein Barnhagen höchst munter.

**Theatergeschichten aus klassischer Zeit.** Ein wichtiges Zeugnis aus der Frühzeit der deutschen Schauspielzeit, zugleich ein menschlich interessantes, an Abenteuer und Wechselfällen reiches Lebensbild sind die Erinnerungen des Schauspielers, Theaterdirektors und fruchtbaren Bühnenschriftstellers Johann Christian Brandes, die jetzt in einem gelätzten Reudruck von Wilhelm Franke im Georg-Müller-Verlag zu München wieder herausgegeben worden sind. Brandes, der die Freundschaft Lessings genoß und von ihm auf dem Weg der Theaterschriftsteller hingewiesen wurde, erlebte noch die Zeit, da die Schauspielkunst sich aus der Stagesprossodie zum regelmäßigen Schauspiel durchzog. Er erzählt, daß er oft auf die Bühne herabgestiegen mußte, ohne zu wissen, was für ein Stück gespielt wurde. „Schwarz“ der Herr nur von Liebe, das übrige wird der Herr schon erfahren“, pflegte ihm sein Prinzipal Schuch zu sagen, und wenn er ein wenig von den Freuden und Leiden der Liebe gelauscht, dann trat Schuch als Hanswurst hinzu, was die Exposition des Stückes hin, und dann spielten sie zusammen weiter. Einmal brachte eine Schauspielerin, die im Ortsporzieren noch nicht geübt war, Brandes in die größte Verlegenheit. Sie sollte nämlich beim Plaus des Stückes zufolge die Spröde spielen, wurde aber durch den Antrag des Liebhabers so gerührt, daß sie ihren Charakter vollständig vergaß und sagte: „Ach, lieber Leander, ich kann Ihnen unmöglich widerstehen! Hier empfangen Sie meine Hand und mit derselben das zärtlichste Herz.“ Das waren die letzten Worte ihrer Rolle, die sie auswendig gelernt hatte, und damit war eigentlich die ganze Komödie aus. Brandes mußte nun die Hand abnehmen und allerlei Hindernisse erfinden, damit weiter gespielt werden konnte. Das Publikum nahm damals einen viel persönlicheren Anteil am Spiel als heute. Die neuen Menschen, für die das Theater noch etwas Neues war, gaben ihren Gefühlen sehr deutlichen Ausdruck. Als in einem Stück eine Hinrichtung stattfinden sollte, riefen einige Zuschauer „Pardon!“ und warfen ihre Schmutzhüte auf die Bühne. Der Scharfrichter, der bereits das Weill aufgehoben hatte, gedrohte den Wänden des Publikums und erklärte: „Ja, das ist was anderes! Wenn die gnädigen Herrschaften es so wollen — hast du gehört, Verräter? Du bist begnadigt — geh hin und bedanke dich schönstens.“ Der arme Sünder stand auf und hielt eine Dankrede.

Von Lessing erzählt Brandes, wie er einmal in Mannheim

bei einer Vorstellung, die zu seinen Ehren veranstaltet wurde, den Zutritt bezog. Der Intendant hörte davon, daß man dem berühmten Gast Eintrittsgeld abgefordert habe und befahl dem Kassierer, seinen Fehler wieder gutzumachen. Dieser schickte Lessing mit vielen Entschuldigungen seinen Gulden zurück; der Dichter nahm ihn zwar an, schenkte ihm jedoch dann lächelnd dem Boten.

**Deutschlands älteste Schrebergärten.** Bisher galt als Gründer des deutschen Heimgartens fast allgemein der Leipziger Arzt Daniel Gottlieb Schreber, nach dem die Gärten auch Schrebergärten genannt werden. Denn Schreber war der erste, der den Plan schloß und aus- baute auch ausführte, kleine, abgeteilte Pachtgärten anzulegen, nachdem er im Jahre 1865 schon einen großen Jugendturnspielplatz in Leipzig angelegt hatte. In diese Zeit ungefähr fällt dann auch die Einrichtung der Schrebergärten sowie die bald danach einsetzende Verbreitung der Gärten über ganz Deutschland. Wertwärtigerweise ging aber ursprünglich der Gedanke zur Errichtung der heute für unser deutsches Wirtschaftsleben so wertvollen Heimgärten nicht von Schreber, sondern von einem anderen aus.

Wenn man Schillers Briefe an seinen Freund Gottfried Körner, den Vater des Dichters Theodor Körner, liest, so kommt man in dem Brief vom 18. August 1781 an folgende Stelle: „Beruchen habe ich kürzlich besucht. Er wohnt vor dem Thore und hat unweit in Bismarck das schönste Haus. ... Neben ihm ist ein Garten, nicht viel größer als der japanische Garten (in Dresden), der unter 75 Bäumen verteilt ist, welche 1—3 Taler jährlich für ihr Pflücken erliegen. Die Idee ist recht artig und das Dekonomische dabei auch nicht vergessen. Auf diese Art ist ein ewiges Gemummel arbeitender Menschen zu sehen, welches einen frühlichen Anblick gibt. Besäße es einer, so wäre der Garten oft leer. Dieser Garten, so gestand er mir selbst, verinteressiert sich zu 6 Prozent, und dabei hat er das reine Vergnügen umsonst.“

Als den Gründer der ersten deutschen Heimgärten haben wir demnach also nicht Schreber, sondern Friedrich Augustin Bortuch (1747—1822) zu betrachten, der zunächst Schriftsteller und Uebersetzer, gleichzeitig aber auch Buchhändler und Verleger war; er hatte auch das erste deutsche Rosenblatt gegründet. Daneben besaß er eine Fabrik für künstliche Blumen und war zu alledem noch Legationsrat und Geheimsekretär des Herzogs Karl August. In der Veranschaulichung Blumenfabrik war auch Christiane Vulpius beschäftigt, ehe sie in Goethes Haus einzog. Wenn wir nun auch die Verbreitung und sachkundige Ausführung der Idee der Heimgärten zweifellos Schreber verdanken, so stammt der erste Gedanke doch von dem weisen Bortuch.

**Warum die Sommerzeit nicht eingeführt wird.** Aus Regierungskreisen wird mitgeteilt: Die Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit wurde auch in diesem Jahre innerhalb der Reichsregierung und mit den Interessentenkreisen eingehend erörtert. In den Städten, besonders in Kreisen der Gehalts- und Lohnempfänger, bestand große Reue für die Sommerzeit, weil man sich von ihr einen früheren Schluss der Arbeitsstunden und eine Verlängerung der Erholungszeit versprach. Dagegen sprach sich die Landwirtschaft wieder mit Nachdruck gegen die Einführung aus. Die Notwendigkeit, die Städte um eine volle Stunde früher zu beliefern, würde den Landmann zwingen, seine ohnehin schon zeitig einsetzende



## Die Hecke gegen Severing.

Der amtliche preussische Pressedienst schreibt:

In einem Teil der Presse werden nach nachträglich Untersuchungen darüber angestellt, ob Staatsminister Severing für das vor zwei Monaten erfolgte Verbot der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ die Billigung und das Einverständnis des preussischen Kabinetts auf seiner Seite gehabt habe, oder ob man nur seine Anordnungen, nachdem nichts mehr daran zu ändern war, zur Kenntnis genommen habe. Staatsminister Severing hatte seinerzeit, weil schnellstes Zugreifen geboten erschien und unmittelbare Gefahr im Verzuge war, auf eigene Verantwortung als Reformminister die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vornehmen lassen, die wiederum ihrerseits mit zwingender Notwendigkeit zur sofortigen Auflösung der nicht als politische Partei, sondern als Geheimorganisation mit militärischem Einschlag zu betrachtenden „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ führten. In der nächsten Kabinettsitzung unterbreitete er dem vollzählig versammelten Staatsministerium das Material, das ihm zur Grundlage seiner Aktion gedient hatte. Das Ministerium verschloß sich der Stichhaltigkeit des vorgelegenen Materials nicht und gelangte mit dem Minister des Innern, wie damals der amtliche preussische Pressedienst feststellte, „angesichts des vorliegenden Materials und des Ernstes der innen- und außenpolitischen Situation“ zu der Auffassung, daß sein Vorgehen richtig und notwendig gewesen sei. Wenn daher der amtliche preussische Pressedienst diese einmütige Stellungnahme des Ministeriums als eine völlige Billigung der Politik des Innenministers bezeichnet hat, so darf diese Charakterisierung auch heute noch in vollem Umfange aufrechterhalten werden.

## Das Reichskabinett hinter Severing.

Die Telunion schreibt: Entgegen anders lautenden Blättermeldungen wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß das Vorgehen des Ministers Severing gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei die völlige Billigung des Reichskabinetts gefunden hat.

## Flunkereien der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ veröffentlichte am Freitag einen Bericht über die Verhandlungen der Betriebsdelegationen mit den Vertretern der Reichsregierung und dem preussischen Innenminister Severing. Wenn es in dem Bericht heißt, Minister Severing habe für vier Forderungen der Delegation Berücksichtigung zugesagt, während er zwei weitere Forderungen entschieden abgelehnt habe, so entspricht das nicht den Tatsachen. So ist es ganz unrichtig, wenn Severing zugesagt haben soll, sich für einen Rücktransport der Reichswehrtruppen in ihre Standorte einzusetzen. Zunächst hat der preussische Ministerpräsident keinen Einfluß auf etwaige Truppenbewegungen der Reichswehr, dann ist es aber auch töricht, anzunehmen, daß die Reichsregierung eine Entsendung von Truppen in das Ruhrgebiet vorbereitet, da eine solche Maßnahme zu internationalen Komplikationen führen müßte. Weiter ist ein neues Verbot der faschistischen Organisationen bei der Unterredung ebensowenig in Aussicht gestellt worden, wie eine Einstellung der Pogromhege gegen die Kommunisten oder eine Regelung der Bühne und Gehälter. Die faschistischen Organisationen sind auch weiter in Preußen verboten. Es bedarf hier also keines solchen Erlasses. An der Pogromhege ist die preussische Regierung nicht beteiligt, sie kann sie auch nicht einstellen. Auf die Regelung der Bühne und Gehälter hat die preussische Regierung keinen Einfluß. Es ist allerdings richtig, daß die Minister Braun und Severing sich bemüht bei der Reichsregierung um eine gesunde Erhöhung bemühen. Hier bedurfte es nicht erst der Aufforderung der Delegation. Was nun die Anerkennung der proletarischen Hundertschaften und der wilden Kontrollausschüsse anbelangt, die nach der Meldung der „Roten Fahne“ „ganz entschieden“ abgelehnt worden sein sollte, so ist das eine Haltung, die den Franzosen bekannt sein konnte, ehe sie die Frage überhaupt stellten. Man sieht, die Unterredung zwischen dem Innenminister und der Delegation verlief wesentlich anders, als es die „Rote Fahne“ glauben machen will.

Morgenarbeit um eine Stunde früher, zeitweise noch bei Dunkelheit, zu beginnen, so daß Ersparungen an Beleuchtung am Abend wieder aufgehoben würden durch den Verbrauch am Morgen. Auch würden die Vordarbeiter eine Verschiebung der Arbeitszeit nur widerwillig aufnehmen, worunter die Produktivität der Arbeit leiden würde. Auch die Bergarbeiter im Ruhrrevier erhoben Einwendungen, weil dann zur Morgenschicht noch in der Nacht von Hause aufgedreht werden müßte. Während man in Norddeutschland mehr der Sommerzeit zuneigt, sieht sie in Süddeutschland auf starken Widerstand. Zu allem erklärt der Reichssozialkommissar, daß bei der Sommerzeit keine nennenswerten Kohlenersparnisse erzielt würde. Eine in das Leben jedes einzelnen so tief einschneidende Maßnahme wie die Sommerzeit kann sich nur durchsetzen, wenn sie von der überwiegenden Auffassung des Volksganzen getragen wird. Eine solche fehlt zurzeit in Deutschland. So ergab sich für die Reichsregierung notwendigerweise der Verzicht auf die Einführung der Sommerzeit.

Die Presse in der Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakischen Republik erscheinen 60 tschechische und 93 deutsche Tagesblätter sowie 50 mognarische, 20 und Wochenblätter. Bei den deutschen Tagesblättern gibt es eine Reihe identischer, die sich nur durch die Köpfe unterscheiden; immerhin ist der große Prozentsatz der deutschen Presse bemerkenswert. Politische Wochenblätter gibt es 347 tschechische, 119 deutsche, 11 anderssprachige. Die Gesamtzahl der politischen Blätter beträgt 698. An unpolitischen gibt es 1498 (875 tschechische, 299 deutsche, 30 mognarische, 176 Rumänen, 28 anderssprachige). Die Zahl der gesamten Zeitschriften beträgt 2016. Die Presse steht immer noch unter dem österreichischen Pressengesetz; sie wird massenhaft konfisziert.

Bahnbrechende Neuerung im Fernsprechwesen. In dem kleinen oberbayerischen Städtchen Weithelm wurde in den letzten Tagen ein automatisches Fernsprechwesen eröffnet, das eine bedeutende Neuerung auf dem Gebiete des Fernsprechwesens darstellt. Es wurde zum ersten Male in der Welt der Versuch gemacht, das automatische Fernsprechwesen, das bisher nur im inneren Verkehr weniger Großstädte Verwendung gefunden hat, auf den Verkehr verschiedener Orte untereinander auszudehnen. Wozu kommt eine Gesprächszone von 25 Kilometern im Umkreis in Frage, die bald weiter ausgedehnt werden soll. Als weitere Neuerung im automatischen Fernsprechwesen ist dabei zu verzeichnen, daß der Automat nicht nur ohne Beihilfe von Personal die Verbindung herstellt, sondern auch die Gespräche ihrer Zahl und Zeitdauer nach notiert und außerdem den Sprechenden alle drei Minuten über die Länge des Gesprächs durch ein Signal unterrichtet.

Die Frankfurter Jeler zur Erinnerung an die erste deutsche Nationalversammlung von 1848 ist sowohl auf dem Römer wie an der Paulskirche Sternatorgrabsch aufgenommen worden. Der Film, der den neuen deutschen Staatswägen zum Ausdruck bringt, wird im In- und Auslande Zeugnis für die Republik ablegen.

Ein Feldzug gegen den Krebs in England. In England steht jede lebende Person über dreißig Jahre an Krebs. Die Gesellschaft für die Krebsbekämpfung hat beschlossen, einen verhängnisvollen Feldzug gegen die Krebskrankheit zu eröffnen. Es ist ein besonderes Komitee gebildet worden, das den Plan der Bekämpfung erörtert wird.

# Franzosen und Kommunisten.

## Die „Rote Fahne“ verlenquet ihre eigenen Berichte!

In den Kreisen der kommunistischen „Opposition“ wird man gestern nicht wenig gelacht haben, als man die Antworten der „Roten Fahne“ auf unsere vier Fragen betreffend die Zusammenarbeit zwischen französischen Militärs und kommunistischen Elementen an der Ruhr zu Gesicht bekam. Denn es wird darin mit einer Dreistigkeit, die an Naivität grenzt, alles glatt geleugnet, worüber in der gesamten RPD. und darüber hinaus wochenlang ganz offen debattiert wurde!

Zur Frage 1 (bezüglich der französischen Angebote an die Ruhrkommunisten, ihnen bei der Befreiung der Betriebe beihilflich zu sein) wird nach einem Hinweis auf die bekannte Episode Hoeschiller-Husemann (wobei die längst widerlegte Lüge, Hoeschiller sei ein Sozialist, rasch wieder aufgewärmt wird) erklärt, französische Agenten hätten sich auch an Kommunisten herangemacht. Es heißt dann weiter:

„Um der drängenden französischen Spitzespionage das Handwerk zu legen und hinter die Pläne Poincarés zu kommen, hat ein von der Partei beauftragter Genosse zum Schein einem französischen Beamten ein Gespräch gewährt.“

Diese Antwort bezeichnet die „Rote Fahne“ als „klar und deutlich!“ Das könnte höchstens für die anderen drei Antworten gelten, die lauten:

2. Daß irgendein „führender Ruhr-Kommunist“ auf die Pläne der französischen Befehlshaber eingehen wollte, ist erstunken und erlogen.

3. Es ist eine Lüge, wenn der „Vorwärts“ indirekt behauptet, daß die Minderheit der Zentrale oder des Parteitag der RPD. (Ruhrgebiet) auf die französischen Pläne eingehen wollte.

4. Die Frage, ob man mit den französischen Militärs paktieren soll oder nicht, ist und war nie eine Streitfrage in der RPD.

Die unbestreitbare Deutlichkeit dieser drei letzten Antworten erhöht nur das Maß von Frechheit, mit der offenkundige Tatsachen geleugnet werden, die selbst aus vorsichtig frisierten und stilisierten Berichten und Aufträgen der Kommunistenpresse zu entnehmen waren. Denn in dem Bericht der „Roten Fahne“ vom 21. März über den Parteitag der RPD. für Rheinland und Westfalen Nord stand zu lesen, daß Klara Zeifin als Vertreterin der Zentrale in ihrem Referat erklärte:

Eine Kontrolle der Gruben und eine Einrichtung von Arbeiterwehren mit der Genehmigung und dem Segen des französischen Imperialismus wäre höchst gefährlich.“

Mit diesen Worten polemisierte Klara Zeifin gegen die

entgegengesetzte Auffassung der Opposition, die im Korreferat von Ruth Fischer zum Ausdruck kam:

„Dann verteilte Genossin Fischer zur Ruhrkampagne die Losungen der Kontrolle der Produktion und die Befreiung der Betriebe im Ruhrgebiet und die Bildung von Ortswehren im besetzten Gebiet, dort, wo von den Franzosen die deutsche Schupo vertrieben worden ist.“

Die Genossin Fischer warf diese Losungen in die Debatte und schlug sie auch in der schriftlichen Resolution der Opposition vor — obwohl die Zentrale der Partei wie auch die Bezirksleitung und Bezirksauschuss im Ruhrgebiet sie einmütig wiederholt abgelehnt hatten.“

Auch Stoedter warnte (immer nach dem gleichen Bericht der „Roten Fahne“) im Namen der Zentrale davor, eine Taktik einzuschlagen, die „nur Wasser auf die Mühle des französischen Imperialismus“ leiten würde.

Noch deutlicher ist ein Artikel des Chemnitzer „Kämpfer“ (in der „Roten Fahne“ vom 7. April abgedruckt), in dem gegen die Vorschläge der Opposition heftig polemisiert und folgende unzweideutige Stelle aus dem Korreferat Ruth Fischers in Essen wiedergegeben wird:

„Ich höre schon den Einwand: Du sprichst ja den Franzosen in die Hände! Ich bin mir dieser Gefahr durchaus bewußt. Aber selbst Lenin hat sich damals nicht scheut, mit Unterstützung der kaiserlich deutschen Regierung seine Einreise nach Rußland zu bewerkstelligen. Also ist das kein prinzipieller Einwand. (Der Feinddruck stand in der „R. F.“ Red. d. „S.“)

Dieses Argument wird vom „Kämpfer“ als „grenzenlos leichtfertig“ und als eine „nichtsagende Phrase“ bezeichnet. Jedenfalls zeigen diese Sätze, wenn überhaupt noch ein Zweifel bestehen könnte, mit sonnenklarer Deutlichkeit, worum es sich bei diesem Kampfe zwischen Zentrale und RPD. handelte. Daß die Opposition damals in Essen nur mit 55 gegen 68 Stimmen unterlag, ist ein Beweis ihrer Stärke, außerdem wurde später einer ihrer Wortführer, König-Darmund, kraft allerhöchster Mostauer Entscheidung als Vertreter der Ruth-Fischer-Richtung in die Zentrale gewählt.

Und nun vergleiche man diese Tatsachen mit den vier „Antworten“ der „Roten Fahne“. Es ist zwar in der Kommunistenpresse des öfteren ebenso dreist gelogen worden, doch selten ebenso dummi!

## Der Kölner Streik.

Köln, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der wilde Streik der Kölner Straßenbahner hat sich im Laufe des Freitag auf alle städtischen Betriebe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Theater, Friedhöfe usw., ausgebreitet. Es kommen im ganzen etwa 6000 Arbeiter in Frage. Die Rotkundsarbeiten werden vorläufig ausgeführt, so daß mit Ausnahme des vollständig stillgelegten Straßenbahnverkehrs noch keine unmittelbare Einwirkung auf die Bevölkerung zu spüren ist. Außerhalb ist alles ruhig. Der Streik hat keinen Rückhalt bei den Gewerkschaften. Auffallend ist, daß das wilde Streikkomitee bis zur Stunde noch keine positiven Forderungen an die Stadtverwaltung gestellt hat. Die britischen Besatzungstruppen haben am Donnerstag nachmittags vier Mitglieder des Streikkomitees verhaftet und weitere Verhaftungen angedroht. Die Verhafteten sind jedoch am Freitagvormittag wieder freigelassen worden. Bestimmte Anzeichen deuten darauf hin, daß die ganze Aktion im Zusammenhang mit den Ruhrunruhen steht, und daß hier wie dort die Franzosen die Hände im Spiel haben. Die Stadtverwaltung ist entschlossen, nicht nachzugeben. Sie sieht in dem Vorgehen der Streikenden einen glatten Tarifbruch.

## Teilweise Räumung?

Elberfeld, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Meldungen, daß die Franzosen infolge englischen Protestes das ganze südlich der Ruhr gelegene Gebiet zu räumen beabsichtigten, scheinen sich zu bestätigen. In amtlichen deutschen Stellen wird die Räumung der Kontrollstation Hengsten schon in Kürze erwartet. Augenscheinlich nimmt die französische Besatzung große Truppenverschiebungen vor. Neu besetzt wurden Königshausen bei Gelsenkirchen und der Bahnhof Sterkrade. Zwischen Düsseldorf Hauptbahnhof und Essen Hauptbahnhof verkehren jetzt täglich vier militärische Züge. In Duisburg sind zwei von französischen Soldaten geführte Züge zusammengestoßen. Der Sachschaden ist groß. Einzelheiten sind nicht zu erfahren, da Abferrungen vorgenommen worden sind. Auf Grund einer Verfügung des Generals Degoutte hat der Kommandant von Bochum angeordnet, daß alle Polizei außer der städtischen Polizei verschwinden muß. Einschließlich der Feuerwehr soll eine kommunale Polizei in Stärke von 200 Mann aufgestellt werden.

Auf Vorstellung des Düsseldorfener Regierungspräsidenten hat sich General Degoutte bereit erklärt, in jedem Konfliktfall kommunale und städtische Polizei nach den bedrohten Gebieten zu schaffen. Schuttpolizei kommt nicht in Frage, da diese aufgelöst ist.

In Hattingen ist der Besatzungszustand aufgehoben worden; diese Stadt ist stark mit Truppen besetzt. Auf einen Zivilisten kommen drei Soldaten.

In Dorstfeld wurden 43 Schuttpolizisten verhaftet, die nach Dortmund wollten. Sie sind den Franzosen durch Unachtsamkeit des Polizeihauptmanns in die Hände gefallen, der die 43 Schuttpolizisten geschlossen in das besetzte Gebiet führen wollte und, als die Franzosen aufmerksam wurden, „Sprung auf, marsch, marsch!“ kommandierte. Die Beamten sind von den Franzosen arg mißhandelt worden und sind festgesetzt.

## Änderung des britischen Zahlungsplans?

London, 1. Juni. (W.B.) Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge befaßt sich das britische Schahamt augenblicklich damit, die britische Regierungspolitik zeitgemäß zu gestalten. Baldwin sei entschlossen, eine Regelung des Problems der Reparationen und interalliierten Schulden zu versuchen und auf einer unformellen Zusammenkunft von Ministern sei beschlossen worden, die dem Plan Bonar Baws vom letzten Januar zugrunde liegenden Prinzipien aufrechtzuerhalten, zugleich mit der nötigen Revision der Zahlenwerte. Das Schahamt prüfe die Gesamtfrage von neuem, um abzuschätzen, welchen Einfluß die Ruhrbefreiung auf den britischen Plan habe. Die einzige Änderung, die in diesem Plan gemacht werde, werde die Einfügung abgeänderter Summen sein, wo dies bei den augenblicklichen Bedingungen notwendig sei.

## Gegen die französischen Faschisten.

### Interpellationen in der Kammer.

Paris, 1. Juni. (E.B.) Der Abgeordnete Herriot hatte in der Kammer eine Interpellation über den gestrigen Angriff der Royalisten

gegen die Abgeordneten Marc Sanguier (unabhängig, wenn auch links orientiert) und Routet (Sozialist), sowie gegen den früheren Minister Violet, eingereicht. Er wünscht zu wissen, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um das Leben der Bürger gegen die Angriffe der Royalistenorganisation zu schützen. Die Tätigkeit der Royalisten wird in weiten Parteienkreisen mißbilligt. Dies mußte der Abgeordnete Léon Daudet erfahren, als er nachmittags in der Kammer erschien. Er wurde in den Wandelgängen von ungefähr 100 Abgeordneten umringt, die ihm heftige Vorwürfe über die Tätigkeit der ihm unterstellten Organisation machten. Einige Abgeordnete wollten es sogar zu Tätlichkeiten kommen lassen, denen sich Daudet

nur durch schnelle Flucht entziehen konnte. Es ist beachtenswert, daß der gestern angegriffene Abgeordnete Routet sich bei dieser Gelegenheit ins Mittel legte, um den royalistischen Pariser Abgeordneten vor seinen Feinden zu schützen.

Zu Beginn der Kammer Sitzung führte Herriot aus: Wir sind Anhänger der Legalität. Die französische Demokratie hat aber die jetzigen Zustände satt.

Die Regierung hat ihr Teil Verantwortung an dieser Lage. Man läßt nicht unbestraft auf den Tribünen des Parlaments die Republik beschimpfen. Die Regierung muß Stellung nehmen und sich auf die eine oder andere Seite stellen. Der Augenblick ist gekommen, um die royalistischen Ausschreitungen energisch niederzuschlagen. Der Abgeordnete Broussé protestierte seinerseits gegen die Einführung faschistischer Methoden in Frankreich. Der Innenminister Mauroux erklärte darauf, daß die Regierung die gestrigen Attentate mißbillige und entschlossen sei, dagegen mit den strengsten Maßnahmen vorzugehen. Sie habe den Beweis, daß eine Organisation bestehe, die sich über ganz Frankreich erstreckt. Ich kenne deren Führer und die Gerichte sind verständigt worden. Die Regierung wird ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen, um die Republik zu verteidigen.

## Das Wiener Krematorium.

### Der Gemeinderat beschließt Weiterbetrieb.

Wien, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Gemeinderat wurde heute die Zuschrift des Bürgermeisters verlesen, daß er gemäß der Weisung des (dr. Soz.) Ministers für soziale Fürsorge dem Magistrat aufgetragen habe, den Betrieb des Krematoriums einzustellen. Darauf beantragte Genosse Professor Dr. Landier, den Gemeinderatsbeschluss vom Januar zu wiederholen, nämlich diese ungesunde Anordnung zurückzuweisen. Genosse Starek stellte den Zusatzantrag, den Magistrat unter Umgehung des Bürgermeisters zu beauftragen, den Betrieb des Krematoriums fortzusetzen. Ein Antrag der Christlich-Sozialen, die Sache von der Tagesordnung abzusehen, wurde abgelehnt. Die Christlich-Sozialen verließen darauf den Gemeinderat, der einmütig — mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Tschechen und Jüdisch-Nationalen — die beiden Anträge annahm. Bürgermeister Genosse Neumann erklärte nun, daß er gemäß der Weisung des Ministers und trotz seiner Befugnisse den Zusatzantrag Starek sistieren müsse. Auf Antrag des Genossen Landier wurde nun der Beschluss ausdrücklich wiederholt und dazu erklärt, daß er sich nicht gegen den Bürgermeister richte. Der Gemeinderat steht auf dem Standpunkt, daß im Sinne der Gemeinderatsfassung ein sistierter Beschluss durch seine Wiederholung rechtskräftig wird.

Freispruch Ferraris beantragt. Wie der „Abanti“ mittelt, schlägt die Anklage des Staatsanwalts gegen Ferraris mit einem Freispruch, weil die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen kein Vergehen darstellten.

Als dritte Frau im englischen Unterhause wurde bei einer Erbschaft in Bemoid Frau Philipson (conservatio) gewählt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Arbeitgeber und Lohnentwicklung.

Herr Dr. Tänzler, Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, führt sich demütig, im gestrigen Abendblatt des „Berliner Tageblatt“ nochmals den Standpunkt der Unternehmer zu verfechten. Zunächst mündet er sich, daß man für die Anzuehmlichkeit der Arbeiter, die aus der Entwertung ihrer Löhne entspringt, die Arbeitgeber verantwortlich mache. Man werfe der Industrie vor, daß sie „vor den Forderungen der Arbeiterschaft nicht genügend zurückgewichen ist“.

Die Industriellen berechnen ihre Preise nach dem Dollar. Der Dollar steigt. Das tut den Industriellen herzlich leid. Sie haben natürlich alles getan, um die Mark zu halten. Sie haben zur Zeichnung der Goldschahnsche ihre Devisenbestände hergegeben; sie sind Befürworter einer verschärften Ausführungsbeschränkung; sie sind bedingt ab, auf dem freien Markt Devisen zu kaufen oder gar solche zu häufen. Kurz, sie haben den Versuch, die Mark zu stabilisieren, mit allen Kräften unternommen — wie der Strich den Gehängten. Der Dollar steigt trotzdem immer mehr. Mit blutendem Herzen streichen die Unternehmer die daraus ihnen zuzufallenden Mehrgewinne ein.

Kurz kommen die Arbeiter, die bei den in die Höhe schnellenden Preisen nicht mit ihren Papiermarklöhnen auskommen können. Eine Maschine, die bei einem Dollarstande von 20 000 zu 200 Dollar bestellt wurde, wobei vielleicht 25 Proz. Löhne enthalten waren, also 50 Dollar, gleich einer Million Papiermark, aber heute bezahlt wird, bei einem Dollarstande von 75 000, bringt dem Unternehmer einen Ubergewinn von Arbeitslohn von rund 37 Dollar oder 2 475 000 Papiermark. Der Unternehmer ist großmütig bereit, 40, ja 50 Proz. Papiermark zuzulegen, im günstigsten Falle also 500 000 Papiermark. Es bleibt ihm also bei der einen Maschine ein Salutzugewinn an Löhnen allein von 1 995 000 Papiermark oder rund 27 Dollar. In Wirklichkeit ist der Lohngewinn — besser gesagt der Lohnabzug — noch ein höherer, weil der Unternehmer die Verhandlungen so hinausziehen weiß, daß die scheinbare Lohnzulage erst bei der Herstellung der nächsten oder übernächsten Maschine in Wirksamkeit tritt. Und wir beschränken uns hier auf die Berechnung des Gewinns aus den Löhnen allein.

Unter diesen Umständen ist Herr Dr. Tänzler durchaus berechtigt, sich darüber zu beklagen, daß man den Unternehmern vorwirft, sie seien „vor den Forderungen der Arbeiterschaft nicht genügend zurückgewichen“.

Herr Dr. Tänzler ist unvorsichtig genug, die „hohen Löhne“ der Bergarbeiter anzuführen. Als der Dollar auf 20 000 stand, bekamen die Bergarbeiter einen Schichtlohn von 12 615 Papiermark. Am 1. Juni, bei einem Dollarstande von 75 000, bekommen sie den „Riefenlohn“ von 27 000 Papiermark. In Wirklichkeit müßte er, berechnet, wie die Unternehmer ihre Waren berechnen, nämlich nach dem Dollar, 47 367 Papiermark betragen. Der Lohnabzug beträgt also rund 20 000 Papiermark pro Schicht. In Wirklichkeit beträgt der Ubergewinn der Unternehmer weit mehr als 20 000 R. pro Schicht, weil die gesamte „Lohnerhöhung“ auf die Verbraucher abgewälzt wurde.

Aber wir verstehen Herrn Dr. Tänzler sehr wohl. Wenn er gegen einen angemessenen Lohnausgleich Front macht, dann tut er das nur, „um die damit verbundene Inflation wenigstens soweit als irgend, angänglich einzufrieren“. Steuern zahlen, Devisen abliefern, gesunde Finanzgesetze schaffen helfen, kurz dem Staat die Mittel geben, damit er seine Finanzen in Ordnung bringen, der Rotenpresse Einhalt gebieten kann, das ist die letzte Sorge der Organisation, deren Geschäftsführer Herr Dr. Tänzler ist. Die Sorge wegen der Inflation läßt erst bei den Arbeitslöhnen an.

Schließlich entrüstet sich Herr Dr. Tänzler über die Zumutung, die besorgende Brotpreiserhöhung durch entsprechende Lohnerhöhungen abzugelten. Ein derartiges „Zurückweichen vor augenblicklichen Strömungen“ mißbilligt er höchstens. „Hier wird lediglich an Gefühlsmomente appelliert“, konstatiert der Geschäftsführer der Unternehmer. Solchen Gefühlsmomenten, daß die Arbeiter schließlich doch wenigstens sich Brot kaufen können sollten, ist Herr Dr. Tänzler Gott sei dank nicht zugänglich. Bei Lohnfragen muß man wirtschaftlich denken, meint Herr Dr. Tänzler. Dollar ist Dollar. Der Meinung sind wir auch. Dollar ist Dollar, auch für die Arbeiter.

## Die Eisenbahnbeamten in der Arbeiterfront.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, die größte Beamtensorganisation des Reichsbahnpersonals mit über 250 000 Mitgliedern, hatte am 29. und 30. Mai ihren erweiterten Vorstand nach Berlin berufen, um zu den brennendsten Fragen der Organisation und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnbeamten Stellung zu nehmen. Es handelte sich in der Hauptsache um die Genehmigung des zwischen dem Allgemeinen Deutschen Beamtensbund — der Spitzenorganisation der R.G. — einerseits und dem A.D.B. und A.M. andererseits abgeschlossenen Organisationsvertrags. In ausführlichen Referaten begründeten der 1. Vorsitzende der R.G. Renne und Generalsekretär Döbling die organisatorische Notwendigkeit und wirtschaftliche Selbstverständlichkeit dieses Vertrags, gegen den auch in der darauf folgenden eingehenden Aussprache überaus wenig Einwendungen erhoben wurden. Die Abstimmung ergab infolgedessen eine überwältigende Mehrheit für die Sanktion des Vertrags, durch den die übergroße Zahl der deutschen Eisenbahnbeamten in die gemeinsame Front der allgemeinen deutschen Arbeiterschaft eingereiht wird.

Im Laufe der zweitägigen Sitzung wurde in einer Reihe von Entschlüssen, die zum größten Teil mit völliger Einstimmigkeit gefaßt wurden, vor allem zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart Stellung genommen. Am wichtigsten ist hierbei die als

Antwort auf das Garantieangebot der deutschen Industrie und gegen deren Privatisierungsgelüste gerichtete Entschlüsse, die wir deshalb im Wortlaut wiedergeben, zumal bereits in den letzten Tagen der letzten Wiedergaben davon in der öffentlichen Presse erschienen sind:

Der am 29. und 30. Mai tagende erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter entnimmt aus dem Schreiben des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Herrn Reichsminister vom 25. Mai 1923, daß als Fondsobjekt für die Sicherung der Reparationszahlungen die Reichs- und Staatsbetriebe nach privat-

wirtschaftlichen Grundfragen regeneriert und dauernd betrieben werden sollen.

Nach eingehender Aussprache, bei der alle in Frage kommenden Gesichtspunkte und nicht zuletzt die jetzige schwierige Lage des Reichs einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wurden, erließ der erweiterte Vorstand in diesem Vorhaben einmütig die schon einmal ausgesprochene Absicht der Industrie, auf eine Privatisierung der Staatseisenbahn hinzuwirken. Er ist willens, einem solchen Vorhaben mit allen Mitteln und unter Ausnutzung aller gewerkschaftlichen Kräfte zu begegnen; er wird auch irgendeine Zerreißung des deutschen Reichseisenbahnnetzes, d. h. seine Aufteilung an verschiedene Interessentengruppen niemals zulassen. Andererseits ist er aber auch bereit, an der Hebung der Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahn mitzuarbeiten, ohne daß dadurch die wohlverworbenen Rechte und die berechtigten Interessen der Eisenbahnbeamten in irgendeiner Weise gefährdet werden.

Die aus allen Landesteilen nach Berlin geeilten Vertreter des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft erwarten von allen Volksteilen, daß sie eine solche Vererbung des Staatsgutes, wie sie die Privatisierung der Reichsbahn darstellen würde, mißbilligen und die Forderungen der für das Wohl der Volksgemeinschaft kämpfenden Eisenbahner unterstützen.

Eine andere Entschlüsse, die den vielen tausenden im Ruhrkampf stehenden Kollegen der Reichsgewerkschaft die Sympathien der unter den Qualen der feindlichen Besetzung nicht leidenden Kollegenschaft ausdrückt und ihre Unterstützung zuzugibt, fordert von der Regierung den Ausbau wirksamer Fürsorgemaßnahmen für die Bedrängten und Vertriebenen. Sie versichert, wenn die Fürsorgemaßnahmen der Regierung nicht mehr ausreichen sollten, auch materiel bis zur äußersten Grenze der gewerkschaftlichen Leistungsfähigkeit die den Kollegen entstandenen Schäden wieder gut zu machen.

Eine weitere Entschlüsse richtet sich gegen die Verschleppung des Beamteneinstellungsgesetzes.

Die Entschlüsse endet wörtlich: Der erweiterte Vorstand der R.G. ersucht Reichstag, Reichsregierung und Reichsrat, gegen ein wirklich fortschrittliches Beamteneinstellungsgesetz keinen Widerstand mehr zu leisten und das in der Verfassung gegebene Versprechen der gesetzlichen Beamtenerziehung endlich einzulösen. Er ist gewarnt, warnend auf die schwere Beunruhigung hinzuweisen, die durch die unwürdige Behandlung der Eisenbahnbeamten in der Frage des Beamteneinstellungsgesetzes hervorgerufen worden ist.

In der Entschlüsse gegen die Beamteneinstellungsgesetze wird trotz der bereits gefassten Anträge des Reichstags eine Entlassung der Beamten, Hilfsbeamten und Diätäre abgelehnt, da weder die Reichsverfassung noch das bestehende Beamteneinstellungsgesetz die vorhandenen Staatsverträge eine rechtliche Grundlage hierzu bieten. Die wohlverworbenen Rechte des Beamten in öffentlich-rechtlichen Diensten können nicht durch einen Parlamentsbeschluss beseitigt werden.

In der Entschlüsse in der Befoldungsfrage wird festgestellt, daß die heutigen Gehaltsbezüge in den unteren Gruppen völlig unzureichend sind. Schaffner, Zeichensteller usw. erhalten zum Teil geringere Bezüge, als den Arbeitslosen an Unterstützung gezahlt wird.

Die Frage der noch immer nicht erledigten Disziplinierungen und strafrechtlichen Verfolgungen aus Anlaß des Beamteneinstellungsgesetzes im Februar 1922 bot Grund zu der Entschlüsse, die von Reichsregierung und Reichstag fordert, daß die schönen Worte des Dankes an die im Abwehrkampf stehenden Eisenbahner auch in die Tat umgesetzt werden und die Rache- und Vergeltungspolitik endlich durch eine Amnestie zum Abbruch gebracht wird.

Die letzte Entschlüsse wendet sich gegen diejenigen Kreise der Kollegenschaft, die durch Abstreifen von jeder Organisation andere für sich zahlen und arbeiten lassen und ohne Opfer alle Vorteile des gewerkschaftlichen Wirkens für sich einheimen.

## Lohnregelung in der Metallindustrie.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde gestern Abend im Reichsarbeitsministerium für die Berliner Metallindustrie folgender Schiedsspruch gefaßt: Vom 28. Mai bis 3. Juni beträgt der Spitzenlohn in Lohnklasse I 2900 R. Vom 4. bis 10. Juni erhöht sich der Spitzenlohn auf 3100 R. Die Frauenzulage wird von 50 auf 100, die Kinderzulage von 80 auf 200 R. pro Stunde erhöht. Die Lohnerhöhung in den übrigen Lohnklassen sowie die Akkordlöhne werden entsprechend der vorstehenden erhöht. Zu diesem Ergebnis werden die Funktionäre heute Abend Stellung nehmen.

## Schiedsspruch für die Meiereien Berlins.

Im Roabiter Gesellschaftshaus fand am Donnerstag Abend eine stark besuchte Vollversammlung des Personals der Meierei Groß-Berlin (Bolle) statt, in der Koch I vom Metallarbeiterverband namens des Lohnkartells über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Meiereivertretern und vor dem Schlichtungsausschuss berichtete. Die den Meiereibetrieben eingereichte Forderung sei auf eine Erhöhung der Löhne um 60 Proz. bemessen worden. Eine Verständigung mit den Vertretern der Betriebe war aber nicht zu erreichen, so daß der Schlichtungsausschuss angerufen werden mußte, der einstimmig zu folgendem Spruch gelangte:

Für die Zeit vom 25. bis 31. Mai sollen die Wochenlöhne betragen für die Gruppen 1, 2, 3 und 4: 112 000, 108 000, 98 000 und 94 000 R. Weiter für die Zeit vom 1. bis 14. Juni: 146 000, 142 000, 132 000 und 128 000 R.

Die Gehälter der Angestellten werden prozentual nach der Gruppe 1 erhöht. Als Schmutzzulage sind 15 R. pro Stunde zu bewilligen. Nach eingehender Darlegung aller Vorgänge bei den Verhandlungen erklärte der Redner, daß das Lohnkartell und die Lohnkommission sich für die Annahme des Schiedspruches ausgesprochen haben.

Die Aussprache zeigte, daß die Stimmung der Versammlung eine sehr erregte war. Die von den Meiereivertretern beliebte Behauptung, daß die hohen Löhne der Arbeiterschaft die große Verteuerung der Milch verursachten, wurde als unbegründet energisch zurückgewiesen. Mehrere Redner traten entschieden für Ablehnung und eventuell für den Streik ein. Auf jeden Fall werde man zum Streik schreiten müssen, wenn der Spruch von den Meiereien abgelehnt werden sollte. Der Behauptung, daß die Meierei Bolle nur eine Spanne von 72 R. beim Handel habe, wurde von den

Rednern entschieden widersprochen. Die Spanne sei höher bemessen. Für kleine Betriebe sei sie jedoch niedriger, etwa 66 R. — Nachdem Dr. Mann vom Verkehrsband die ganze Situation sachlich beleuchtet und Koch I in seinem Schlußwort unzutreffende Ausführungen einiger Diskussionsredner richtiggestellt hatte, wurde der Schiedsspruch unter der Voraussetzung, daß er auch die Zustimmung der Arbeitgeber erhalte, gegen eine erhebliche Minderheit angenommen.

## Neue Löhne im Mineralöl- und Fettgroßhandel.

Vom Deutschen Verkehrsband wurde dem Arbeitgeberverband des Großhandels für die zweite Hälfte Mai die Forderung einer Nachzahlung auf die bestehenden Lohnsätze sowie neuer Lohnsätze für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1923 in Höhe von 125 Proz. überreicht. In der Verhandlung am Donnerstag war es nach längerer Auseinandersetzung möglich, eine Lohnregelung zu erreichen. Die Lohnsätze betragen demnach ab 26. Mai bis 15. Juni 128 000 R. bis 146 000 R. pro Woche.

Auch mit dem Arbeitgeberverband der Verbandmittelhersteller Groß-Berlins ist nunmehr der Tarifvertrag für den Monat Mai durch Vermittlung des Herrn Demobilisationskommissars zum Abschluß gekommen; desgleichen gelang es der Organisation, mit Unterstützung des Herrn Demobilisationskommissars, die Lohnsätze für die in den Berliner Apotheken beschäftigten Apothekenarbeiter, Arbeiterinnen, Laboranten und Reinemachfrauen abzuschließen. Die gedruckten Tarife sind sofort im Bureau, Engelstraße 24/25, II, Zimmer 26, gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises in Empfang zu nehmen.

## Lohnvereinbarung in den Privat-Elektrizitätswerken.

Durch neue Verhandlungen vom 30. Mai stellten sich die Löhne in den Groß-Berliner Privat-Elektrizitätswerken ab 16. bis 29. Mai folgendermaßen: Gruppe I bis VI: 2230, 2160, 2100, 1950, 1850 und 1350 R. Die Frauen- und Kinderzulage bleibt wie bisher bestehen.

Auf die Lohnerhöhung kommen am Freitag, den 1. Juni, für die sechs Gruppen folgende Summen zur Auszahlung: 60 000, 60 000, 50 000, 50 000, 35 000 und 25 000 R.

## Gegen die Massenentlassungen in den Finanzämtern.

Eine vom Zentralverband der Angestellten am Donnerstag einberufene überaus öffentliche Versammlung aller Finanzämterangestellten Groß-Berlins beschäftigte sich mit den zum 30. Juni erfolgenden und zum 30. September geplanten Massenentlassungen von Angestellten. Jeiz vom Zentralverband der Angestellten berichtete ausführlich, was die Organisation in Verbindung mit den parlamentarischen Arbeitnehmervertretern schon seit Jahr und Tag im Interesse der Behördenangestellten geleistet hat. Der Widerstand gegen die Beschäftigung der Angestellten bei den Reichsbehörden sei ungeheuer groß und nur eine geschlossene freigewerkschaftlich organisierte Angestelltenvereinschaft sei in der Lage, diesen Widerstand zu überwinden. Die Finanzverwaltung sei bei diesen Entlassungen außerordentlich unsozial vorgegangen. Sie bereite den Angestellten die erdenklichen Schwierigkeiten in Urlaubsfragen und in der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte. — Die Diskussionsredner untertrügen diese Ausführungen.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten, Reichstagsabgeordneter Siebel, wies in der Diskussion auf die Voreingenommenheit der bürgerlichen Parteien gegen die Beschäftigung von Angestellten bei Behörden hin. Es liege nicht im Interesse des Reichs, daß die eingearbeiteten Kräfte der Finanzverwaltung entlassen würden. Dies führe nur zu einer Verzögerung der Veranlagung der verschiedenen Steuerarten. In der einstimmig angenommenen Entschlüsse heißt es:

„Die am 31. Mai 1923 in den Sophienböden versammelten Angestellten sämtlicher Finanzämter, Zollämter und Gruppen im Bereich der Landesfinanzämter Groß-Berlin und Brandenburg erheben einstimmig schärfsten Protest gegen die zum 30. Juni 1923 erfolgten und zum 30. September 1923 in Aussicht genommenen Räumigungen. Die Angestellten stellen übereinstimmend fest, daß der Stand der vorliegenden Arbeiten keine Entlassungen zuläßt, zumal die Durchführung der Veranlagung der Vermögens-, Einkommen-, Umsatz-, Stempel- und Verbrauchssteuern sowie der Zwangsankleihe durch die Entlassungen außerordentlich gefährdet ist. Hierzu kommt noch die Tatsache, daß die zur Finanzverwaltung übergetretenen Post- und Eisenbahnbeamten zum großen Teil nicht geeignet sind, die eingearbeiteten Angestellten in absehbarer Zeit zu ersetzen.“

Die Versammelten erwarten vom Reichsfinanzministerium sowie vom Landesfinanzamt Groß-Berlin und Brandenburg Zurücknahme der Räumigungen zum 30. Juni 1923 und Verminderung der zum 30. September 1923 geplanten weiteren Räumigungen. Sie fordern dabei die Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmervertreter im Reichstage, um so mehr, als der größte Teil der jahrelang bei dieser Verwaltung tätigen und bewährten Kräfte aus dem Kaufmannstande hervorgegangen und der Arbeitsmarkt in diesem Stande jetzt mit Stellenstehenden überhäuft ist. Diese Räumigungen würden für viele Angestellte zum vollständigen wirtschaftlichen Ruin führen.“

**Wahrung Maler!** Durch Haupttarifamtsentscheidung vom 30. Mai 1923 ist der Malerlohn in Groß-Berlin für die Zeit vom 2. Juni bis einschließlich 15. Juni 1923 auf 2700 Mark pro Stunde festgesetzt worden. Von den Arbeitgebern ist zugestanden worden, daß unsere Kollegen in den ersten Tagen der nächsten Woche bereits einen Vorstoß auf den am 8. Juni zahlbaren Wochenlohn fordern können. Verband der Maler, Filiale Berlin.

**Der belgische Eisenbahnerstreik beendet.** Nach amtlichen Mitteilungen über die Streikbewegung der Eisenbahner ist die Wiederaufnahme der Arbeit auf allen Linien erfolgt.

**Buchdruckerstreik in Remel.** Hier begann gestern mittig ein allgemeiner Buchdruckerstreik. Die Buchdrucker verlangen für die abgelaufene Woche die Zahlung in holländischer Währung. Die Verleger lehnen die Forderung als zu hoch ab.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Estermann, Berlin; Literatur: Generalstaatsanwalt: J. Steiner, Berlin; Justiz: Dr. A. Böcher, Berlin; Währungs- und Sozial: W. K. K. Berlin; Bank- und Kredit: Dr. G. G. Berlin; Post- und Fernverkehr: Dr. G. G. Berlin; Druck: Buchverlags- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Stern 1 Verlag.

<b>EMIL ZOLA</b> Gesammelte Romane Besteht und gebunden sind in allen Partei- und Buchhandlungen, auch einzeln, erhältlich <b>MÜNCHEN</b> KURT WOLFF VERLAG	<b>KOMMUNISTEN AUFSTAND 1850</b> DAS GLÜCK DER FAMILIE ROUGON Der Roman einer Rote politischer Schieber, die auf dem Blut und den Opfern des misglückten Aufstandes ihr Glück aufbauen.	<b>PRIESTER UND ZÖLIBAT</b> DIE SÜNDE DES ABBE MOURET Die Tragödie des Priesters, der durch die Bestimmungen der Kirche gefesselt ist, der Kampf zweier junger in Liebe verbundener Menschen um ihr Glück	<b>DAS VERROTTETE PARIS</b> NANA Das Leben der Dirne, in deren Laster die ganze bürgerliche Abschaum von Paris versinkt, mit deren Sünde ganz Paris vergiftet wird.	<b>DER POLITISCHE SCHIEBER</b> EXZELLENZ EUGEN ROUGON Das Lied von der politischen Korruption Frankreichs zur Zeit des Kaiserreichs, der Roman von der Bewusstlosigkeit des Politikers.	<b>BOURGOIS UND REVOLUTIONÄR</b> DER BAUCH VON PARIS Der Roman von der Empörung der Genüßkamen und Seiten gegen den Ideenmenschen und Revolutionär, der Roman vom fatten Paris.	<b>DIE SERIE DER ROUGON-MACQUART</b> Zolas Hauptwerk, zeigt in der Geschichte der einzelnen Mitglieder einer Familie die Ursachen und den Fortschritt der inneren Zerrüttung Frankreichs unter der Herrschaft des zweiten Kaiserreichs bis zum Zusammenbruch 1870. Ein jeder Band behandelt das Schicksal eines einzelnen Familienmitgliedes und läßt in ihm einen Teil der Kräfte lebendig werden, die seinerzeit in Frankreich, bis 1918 in unserer Bourgeoisie zusammen wirkten, um das Volk zur Revolution, zur Republik reifen zu lassen.
--	---	---	---	---	---	---



Sonntägliche Wanderziele.

Zum Samithsee.

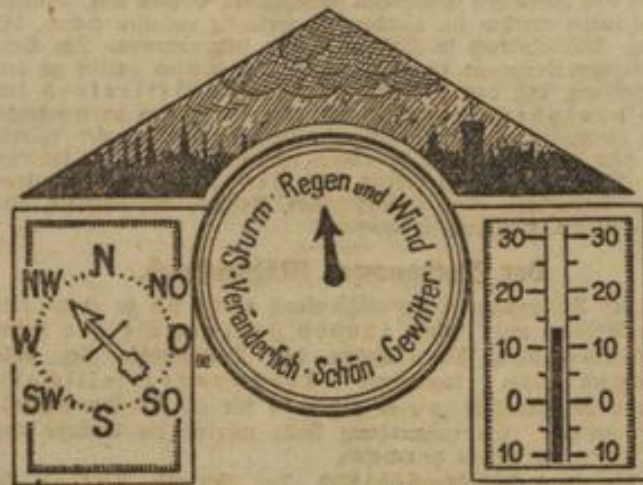
Mit den vom Steirer Bahnhof ausgehenden Fernzügen fahren wir bis Biesenthal. Da wir die Rückfahrt von Reichow, der auf Biesenthal folgenden Station, antreten wollen, lösen wir eine Sonntagsrückfahrkarte bis Reichow. Sie berechtigt zur Hinfahrt von Sonnabend mittig an. Vom Bahnhof wandern wir durch die von Landhäusern eingefasste Straße in einer Stunde nach der Stadt Biesenthal. Ein freundlicher Ort ist Biesenthal, an der unteren Finow gelegen, die aus mehreren Quellsüßden entspringt. Sie vereinigen sich in den Biesenniederungen südlich der Stadt; aus dem Hesse kommt das Hellmühler Fließ, aus der Gegend von Rühnig das Rühniger Fließ und aus dem Streeke das Pfauenfließ. Nach der Vereinigung fließt die Finow nach Norden in das Eberswalder Urstromtal ab. Hier nahm sie ihren Lauf gen Osten vor; jetzt führt der Finowkanal dorthin, von dem die Finow bei ihrem Eintritt in das alte Tal ausgenommen wird. Biesenthal war ursprünglich ein wendisches Fischerdorf, das 1265 als Bisdal genannt wurde. Der Ort bekam 1307 Stadtrechte, nachdem schon vorher ein markgräflicher Bogt hier eingesetzt worden war. Die Gegend um Biesenthal war auch schon in vorgeschichtlicher Zeit verhältnismäßig zahlreich besiedelt, wie die an vielen Stellen aufgefundenen Spuren von den Menschen jener Zeit darthun. Erwähnenswert sind besonders einige Feuerstein-Schlagstätten, das sind Vertiefungen, an denen Feuersteinstücke durch kunstgerechtes Schlagen zu Werkzeugen und Waffen hergerichtet wurden. Der liebevollen Fleißarbeit einiger Arbeiter- und Wandergesellen ist es gelungen, diese Schlagstätten aufzufinden und der wissenschaftlichen Bearbeitung zugänglich zu machen. Manche der gefundenen Werkzeuge sind von einer geradezu verblüffenden Feinheit; sie gehören der Übergangszeit von der Alt- zur Jungsteinzeit an. Ihr Alter geht etwa auf das Jahr 6000 vor Beginn unserer Zeitrechnung zurück, entspricht also ungefähr dem der dänischen „Hjörtenmøddinger“ (Hjörtenabfallhaufen). Die Breitstraße führt rechts zum Schloßberg mit Aussichtsturm. Durch die Biesenniederung geht der Weg nach Norden, links vom Reierberg vorüber zur Wehrmühle. Hier überschreiten wir die Finow und wandern auf ihrem Ostufer weiter nach Norden zur Pöhlbrücke. Hohe Bappeln besäumen hier das Fließ. Wir überschreiten die Brücke und kommen auf dem Westufer bald an eine breite, schnurgerade Waldstraße. Nach etwa 5 Minuten biegt von dieser Straße ein Weg rechts ab, der am Waldrande in der Nähe der Finowniederung hinführt. Schließlich überschreiten wir das Fließ wieder und wenden uns jenseits südlich zum Gesteinweg H, den wir nach kurzer Zeit erreichen. Ihm folgen wir bis zum Quergestell 22, auf dem wir wenige Schritte nach Süden wandern, und nun an der Nordspitze des Samithsees sind. Ein überraschend schöner Anblick bietet sich uns. Der See ist von Wassersegen belebt, und ein Nachen gleitet wohl über die stille Wasserfläche. Prächtiger Wald umrahmt die Ufer. Auf schmalem Steig wandern wir dicht am See entlang. Hohe Wacholderbüsche sind dem Kiefernhochwald beigeimisch, Laubgebüsch beschattet das Seegestade. Am Beginn des veränderten Teils des Sees, einer sumpfigen Niederung, verlassen wir den See und bleiben am Rande der Niederung bis zu ihrem Nordende. In der Niederung liegen als Reste des Sees der Kleine Samithsee, der Mittel- und der Hinterpfuhl. Wir folgen dem Wege, der am Ende der Niederung vorüberführt, nach rechts und halten uns auch bei allen Wegabzweigungen nach rechts. So kommen wir zum jenseitigen Ufer der Niederung, an den Kleinen Samithsee, und an die Südspitze des Großen Samithsees, den wir noch einmal von hohem Ufer in seiner ganzen Ausdehnung überschauen. Auf dem hier beginnenden Gesteinweg e wandern wir über Berg und Tal nach Süden, eine prächtige Waldwanderung. Im Grufegrund steht eine Anpflanzung junger Douglasien oder

Duffichten, Fremdlinge aus Nordamerika, die man hier einzubürgern versucht. Die Nadeln strömen einen angenehmen Duft aus, besonders beim Zerreiben. Wir kommen zum Quergestell C, dem wir nach links zum Bahnhof Reichow folgen. Weglänge etwa 22 Kilometer.

Wenn der Ginster blüht.

Die Vorortzüge der Ostbahn bringen uns von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn oder vom Schlessischen Bahnhof nach Hoppegarten. Westlich des Geländes der Rennbahn wandern wir nach Dahlewitz. Jenseits der Frankfurter Chaussee führt ein Landweg in südöstlicher Richtung, der uns an Rühnigshof vorbeibringt. Im Dorf eine alte Granitkirche. Auf der von schönen Kastanien eingefassten Straße wandern wir weiter. Rechts sehen wir die Rühnigberge. Wir kommen nach Schöneiche, einem freundlichen Dorf, das in neuerer Zeit sich mit einem Kranz aufblühender Siedlungen umgeben hat. In Schöneiche wurde 1730 das Schindlersche Waisenhaus gegründet, das dann 16 Jahre später nach Berlin verlegt worden ist. In der Dorfkirche befindet sich ein Denkmal des Begründers von Schabom. Schöneiche liegt auf dem

Wetteraussichten für Sonntag.



In den letzten Tagen des Monats Mai und zu Beginn des Juni wurde Deutschland von mehreren, aus Frankreich und Italien herkommenden Tiefdruckgebieten durchzogen, während ein Hoch sich meistens von Island bis Südkandinavien oder bis zur südlichen Nordsee erstreckte. Im ganzen deutschen Binnenlande fanden demgemäß sehr zahlreiche Regenfälle statt, zwischen denen sich der Himmel immer nur kurz vorübergehend aufklärte, längs der Küste hingegen herrschte bei vorübergehender Bewölkung trockenes Wetter bei weitem vor. Dabei schwankten die Temperaturen innerhalb weiter Grenzen. Zum Beispiel sank das Thermometer in Dahme in der Nacht zum Montag bis auf 4, stieg dasselbe jedoch am Montag nachmittag bis auf 20, in Magdeburg und Bamberg sogar bis 24 Grad Celsius. Die stärksten Regengüsse gingen unter heftigen Gewittern am Mittwochabend und in der Nacht zum Donnerstag im mittleren Norddeutschland hernieder, wo am Donnerstag morgen beispielsweise in Berlin 13, in Magdeburg 24 und auf dem Brocken 54 mm Niederschlagshöhen gemessen wurden. Auch gegenwärtig werden das mittlere und östereuropäische Festland noch zum größten Teil von verschiedenen kleinen Tiefdruckgebieten eingenommen, während das nordwestliche Hoch nur wenig südostwärts vorgedrungen ist. Wir haben daher auch für Sonnabend und Sonntag überwiegend bewölkten Himmel und öfter leichte Regenfälle bei mäßigen nordwestlichen Winden zu erwarten, unter deren Einfluß die Temperatur etwas tiefer herabgehen dürfte.

Westufer des Fredersdorfer oder Mühlenfließes, das in den Niederungen östlich von Alt-Bandsberg entspringt und sich bei Rahnisdorfer Mühle in den Müggelsee ergießt. Ueberschreiten wir das Fließ, so sind wir in Klein-Schönebeck, das sich auf dem Ostufer des Fließes erstreckt. Wir folgen nun der von Friedrichshagen kommenden Straßenbahn. Der Weg führt an Gräbwalde vorbei, eine Siedlung, die noch allenthalben die Spuren ihrer Jugend zeigt; weiterhin kommt das Obstgut Hohenberge. Wir wandern auf dem Südrand des Barnim. Rechts erstreckt sich die Ebene des Berliner Urstromtales, von Kiefernwald bedeckt. Die Barnimhochfläche ist nicht so eben; in sanft geschwungenen Linien zieht das Gelände auf und nieder. Durch Roggen- und Kartoffelacker führt der Weg. Bald erreichen wir die Klein-Schönebecker Heide.

Rechts und besonders links vom Wege ist der Waldboden mit einem gelben Blütenteppich bedeckt. Es ist Ginster, der jetzt in Blüte steht. Das Hauptverbreitungsgebiet des Ginsters sind die weiten Heidestrassen Nordwestdeutschlands. Dort stammt die Heide in leuchtendem Gelb, wenn der Ginster blüht. Es scheint dann, als ob leuchtendes Sonnengold sich auf das Land gesenkt und es mit einem flammenden Strahlenmantel zugebedt hätte. Die biegsamen, rutenartigen Zweige des Ginsters streben aus dem grauen Nadelholz zu wirren und unordentlichen Büschen auf. Die Rinde der Zweige ist von dunkelgrüner Farbe, die von der Anhäufung einer großen Menge Blattgrün in den äußersten Rindenschichten herrührt. Dadurch übernehmen beim Ginster die Zweige die Arbeit, die bei anderen Pflanzen nur von den Blättern vollbracht wird. Dem Ginster wäre eine Befriedigung der Baum- und Betriebsstoffbedürfnisse durch die Umwandlungstätigkeit seiner Blätter allein kaum möglich. Sie sind einmal sehr klein und sollen zum anderen in den ersten heißen Juni- oder Juliagen zum größten Teil wieder ab. Dieses ist jedoch für die Pflanze ein großes Glück, denn die Blätter besitzen keinerlei Vorrichtungen, die die Pflanze vor zu starker Wasserverdunstung schützen. Die Rinde ist dagegen mit Spaltöffnungen versehen, die nur eine ganz geringe Verdunstung gestatten. Deshalb kommt der Ginster als gut entwickelte Pflanze auch dort noch fort, wo andere Pflanzen, wie das Heidekraut, wegen zeitweiliger Bodenbürre nicht mehr gedeihen oder sich nur noch als Keimlinge durchschlagen können. Einen Nachteil hat die Verlegung der Stärkefabrik in die Zweigründe allerdings für den Strauch mit sich gebracht. Das Holz bleibt fleischig und ist deshalb sehr frostempfindlich. In kälteren Wintern frieren die Ginsterbüsche fast bis auf das grobe Knotenholz zu Krüppeln zurück. Der Weg führt zum Wald hinaus. Weit schmelzt der Blick von hier über das Land. Vor uns liegt der Rüdersdorfer Grund, zur Rechten erheben sich die Kranichsberge bei Waltersdorf. Wir wandern zum Bahnhof Rüdersdorf, von dem wir die Heimfahrt antreten. Weglänge etwa 13 Kilometer.

Die neuen Kohlenpreise.

Infolge der ab 1. d. M. eingetretenen Erhöhung der Zechenpreise und Wagnisfrachten ist eine entsprechende Heraussetzung der Kleinverkaufspreise für Brissetts und Koks erforderlich geworden, und zwar gelten, wie das Städtische Nachrichtenamt mitteilt, die neuen Brissettspreise mit Wirkung vom 2. d. M., die Kokspreise mit Wirkung vom 4. d. M. wie folgt: A. Rücken- und Ofenbrand: Brissetts je Zentner ab Lager 10 960 M., frei Keller 11 430 M., Gasloß je Zentner ab Lager 20 090 M., frei Keller 21 530 M.; B. bei fuhrtenweisen Lieferungen: Brissetts je Zentner ab Lager 10 960 M., frei Keller 11 360 M.

Das Kohlenamt gibt bekannt, daß durch die Abänderungs-Bekanntmachung des Magistrats zur Kohlenverordnung vom 1. Juni 1923 der § 13 Abs. 1 der Kohlenverordnung durch folgenden Zusatz ergänzt ist: „Der Händler ist jedoch nicht verpflichtet, einem Verbraucher an einem und demselben Tage mit einer größeren oder auf eine Nummer der Kohlenart entfallenden Menge zu beliefern.“

(Kochbr. verö. Wegweiser-Verlag, Berlin.)

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Holger Gude besichtigte wieder die alte Bark, die seit langem hier auf ihrem Unterpfahl am Bollwerk in Rghavn lag. Es war in der Tat ein ungemein trübseliges Schiff. Gudes Schritt löste Dampf auf den Planen, das Holzwerk war porös wie Bimsstein. Ein Fegen Segel hing noch in einem sackförmigen Bündel um die Großmaststrabe. Die in den Schiffsraum führenden Treppen waren abgebrochen, wahrscheinlich von den losen Vögeln des Hafens als Brennholz entführt. An Hütte und Kajütenkappe sah noch die Kruste des weißen Anstrichs, auf der alle Nägel und Bolzen rostrote Ränder ausgefressen hatten. Zum Bewohnen, wie er es sich gedacht hatte, schien ihm dieser alte Kasten nicht sehr vielversprechend zu sein — selbst nicht für kürzere Zeit. Aus einem Verschlage achtete, wohl der Kammer des Steueremanns, hatte er sich einen Wachsstocküberzug zum Sitzen geholt, aber sofort wimmelten Affen über seine Hand. Er blieb an der Backbordreling stehen. In der Takelung waren die meisten Leinen der Wante längst entzweitreteten, und er sah den Rghavnkanal wie durch die zersprungenen Scheiben eines Treibhauses. Bollwerk und Gebäude lagen unverändert da, ungefähr so, wie er sich des Quartiers aus seiner Kindheit erinnerte. Das Fahrzeug lag in See, allen Vorüberkommenden durch ein großes, blaurotes Dachhaus verborgen, das den äußersten Flügel des Rghavnkanals gegen den Hafen bildete. Hier, auf dem engen Plage vor dem jahrhundertalten Gebäude, hatte er sich in seiner Kindheit herumgetrieben. Von hier aus lag am Hafental entlang eine Reihe grauer und gelber langrüdiger Bad- und Lagerhäuser, die weitläufigen Zeilen der Kvæsthusgade, und näher am Goldbodkanal der mächtige Flügel des Kleiner Dachhauses. Aber heute, wie diesen ganzen Winter hindurch, war der Hafen wie ausgestorben. Alle Luken in den gelben Wänden waren dicht verschlossen, kein Kran regte sich, kein Dampf ertönte von ladenden oder löschenden Schiffen. Und doch sah man die Dampfer Seite an Seite, eine dreifache Reihe vom Dachhaus hier bis hinaus zur dunklen roten Mauer des Freiwegers: eine Riesenfalle von Masten, Regimenten von schwarzen und blauroten uniformierten Schornsteinen hielten hier und lagen jetzt bald das zweite Jahr auf. Er erinnerte sich, daß hier in seiner Kindheit die großen,

haushohen Schiffe der Thingvalla Linie mit gelben Sternen auf den Schornsteinen ihren Platz gehabt hatten. Seine Schwester und er hatten dort zwischen Bauholzstapeln und Warenballen, die so hoch wie die Wälle der Festung waren, gespielt. Von dem alten Hause in der Nähe des Amalienborgplatzes, das ihr Heim gewesen war, kannten sie alle Winkel und Gassen, die durch die Schlossgärten, über Mauern und durch stockfinstere Läger hierher führten; sie schlängeln sich an den Planen entlang hoch über aufgehäuften Mais, sie hatten geheime Gänge durch Berge von zusammengepacktem Kork geholt, hatten Hürden rollender Fräßer mit Petroleum oder Rum genommen, sich durch ein Schlaraffenland von Apfelsinen oder Zuckerrohr geffenen, bis sie hierher gekommen waren, wo der Hafen im Schnee von Salpeter oder in einem Herbstwetter von sengendem Weizen lag, die von „Thingvalla“ und „Genser“, jenen beiden Schwester Schiffen, gelöst wurden, die später — jetzt war es schon lange her — Schiffbruch erleiden sollten. Dort über dem Rücken der roten Dachhausdächer erblickte er undeutlich Giebel und Mansarden des alten Quartiers, in dem er seine Anabenzeit verlebt hatte. Seit vielen Jahren stand es unzerstört da, hier die sandsteingeförnten Mauern Amalienborgs, dort wie ein irischgrüner Helm, die Kuppel der Rarmorirche. Des alte östliche Viertel von Sankt Anna — Das Fahrzeug, auf dem er sich einzurichten gedachte, war verkommen, finster und schorrig in allen Winkeln, wahrscheinlich ein Rattenest. Alles Brautgut, das man von Deck aus erreichen konnte, war getappt und von den Dieben des Quartiers entführt worden. Alles Tauwerk hing ausgedrörrt, zusammengeschrumpt, wie der Strick eines Behentken, herab. Es hatte kürzlich geregnet, schleimige Pfützen zeigten, wo das Deck am tiefsten ausgebeut war. Unten im schwarzen Kanal lagen halb unter Wasser die letzten Treibeisblöcke und hobelten trage gegen den Bug der Bark. Irgendwo aus der Hütte oder dem Raum Klang ein ununterbrochenes Tropfen, als taute auch hier an Bord der Winter und ränne hinaus. Einabend war es hier nicht, doch seit seiner, jetzt viele Jahre zurückliegenden Marinezeit war er mit Schiffen vertraut. Wenn hier Ordnung geschaffen wurde, war wohl ein Aufenthalt an Bord möglich, der mit seiner Vorliebe für Isolation und für Wohnungen aus Planen und Brettern übereinstimmte, an die er sich in den vielen Jahren im Norden, zuerst in Finnland, später in den arktischen Gegenden Nordrusslands, gewöhnt hatte. Weit schlimmerem als dieser mitgenommenen Bark war er in den letzten drei Jahren ausgelegt gewesen. Er hatte gelernt, sich in jeder Art von Räumlichkeiten zurechtzufinden. Der russische Zusammenbruch, die Wartzeit, die Hungerszeit und

endlich der Einmarsch der roten Garde in Archangelsk, wo er bis zum letzten Augenblick auf seinem Posten als fungierender Konsul ausgeharrt hatte, hatten ihn allen überflüssigen Komforts entwöhnt. Sein letztes Heim waren die von ungezügelter wimmelnden Baraden der Werftmannschaft oder ausgerangierte Eisenbahnwagen gewesen, die eben erst von Flecktyphuspatienten und steifgefrorenen Choleraleichen gelehrt waren. Dann, nach seiner Heimkehr, war es ein Hotelzimmer gewesen, das monoton, unendlich durch sein System von Kubriken, gerade Raum genug für einen Gast mit Durchschnittsgewohnheiten bot. Selbst auf seiner Flucht heimwärts, als er sich, lange nach Usmarsch der letzten Engländer, in einem Bauernschlitten verließ, durch die Betten der Roten Garde schlich, hatte er sich nie so heimatlos gefühlt wie hier, wo er von der Elfkette des Hotels und hundert aufmerksam dienenden Augen bewacht war. Die großen, umfassenden Arbeiten, die ihm jetzt übertragen waren, ließen sich nicht wohl in einem Hotelzimmer ausführen, wo er dem Besuch eines jeden, dem er entgegen wollte, ausgelegt war. Sein Eigentum und die schweren Kisten mit Büchern und Papieren waren bereits an Bord gebracht. Er richtete sich einstmals achtern in einem Raum ein, den er einigermaßen frei von durchdringendem Regen fand. Die Treppe war hier erhalten. Hier achtern war zugleich die geräumige Kajüte des Kapitäns. Die Hütte, die sich ungefähr in Manneshöhe über Deck erhob, besah noch den größten Teil ihres kniehohen Geländers. Achternaus öffneten sich Schiebetüren nach diesem niedrigen, aber reichlich großen Dachhaus. Hier schien die Bestedskajüte gewesen zu sein, aber alles, was nicht niel- und nagelfest war, bis zur Hängelampe, fehlte. Er fand die Räume vorn besser und beschloß, sich später dort einzurichten. Vorläufig war es hier unbewohnbar. Er stieg in die Mannschaftskajüte wie in eine qualmende Kloake hinab. An allen Wänden entlang liefen, mit einer Schmutzkruste bedeckt, die Köjen der Leute, drei Reihen Borde — Bett an Bett. Sie stanken nach muffigen Kleidern, an einem Nagel hing noch ein Fegen Delzug. Ritten durch die Kajüte, von der Decke bis zum Boden, ging der Hochmast wie der feste Krappstoss in einem Grönländerhause, der immer sein Willekommen für den scharfgen Rücken der Gäste bereit hält; in Schulterhöhe war er hohl geschweert und in Kniehöhe sah noch eine Vertiefung, die wohl Schiffsjunge und Schiffshund gemeinsam auf Hunderten von Reisen gehobelt hatten. Die Rahmen der festen Köjen sahen aus, als ob ein Krippenbäcker seinen Stall hier gehabt hätte, die Bänke waren von Namenszügen und Handzeichen zerschnitten. Das Dachhaus war eine einzige Masse von Spinnweb und Schmutz. (Fortsetzung folgt.)



## Ausbildung des Berliner Pflegepersonals.

Während in der Vorkriegszeit fast allgemein in der Öffentlichkeit die Auffassung gang und gäbe war, daß zur Krankenpflege nur die weiche Hand der „Schwester“ geeignet sei, ist durch die Erfahrungen des Krieges, wo viele Tausende von Sanitätskolonnen benötigt wurden, diese Ansicht nicht mehr unbegrenzt aufrechtzuerhalten. Trotzdem hat es sich bis zum Jahre 1921 gedauert, bis endlich in Berlin und einigen anderen Großstädten die Ausbildungsanstalten für beide Geschlechter geschaffen wurden. Die Berliner Gesundheitsdeputation hatte seinerzeit eine Arbeitskommission eingesetzt, die in vielmonatlicher systematischer Arbeit alle Widerstände beseitigte. Insbesondere waren es die Übergangszeiten, in denen das bisher beschäftigte Pflegepersonal nun einen systematischen, aber doch verkürzten Lehrgang durchmachen mußte, die von fast allen Seiten zunächst als überaus „bedenklich“ angesehen wurden. Trotzdem gelang das „Experiment“. Heute muß jeder Pfleger und jede Pflegerin bei ihrer Anstellung die staatlich anerkannte Prüfung absolviert haben. Das wirkt sich natürlich auf die Dauer nicht nur zum Segen der Berufsangehörigen, sondern auch zum Wohle der leidenden Menschheit selber aus. Erst im letzten Drittel des Jahres 1921 gelang es im Berliner Stadtparlament, mit einer ganz geringfügigen Mehrheit die bereits seit fast Jahresfrist neugeschaffenen Ausbildungsbestimmungen auch parlamentarisch zu verankern. Über das ganze bedeutet doch ein so gewaltiger Fortschritt, daß die Organisation als treibende Kraft auf ihr Werk stolz sein kann. Leider fehlt freilich die Vollendung des ganzen Aufbaues. Es war seinerzeit auch die völlige Ausbildung in der Krankenpflege für das Personal in den Irrenanstalten gefordert. Dies ist aber nur zum Teil in der Ubergangszeit geschehen. Weiter war eine systematische alljährlich wiederkehrende Fortbildungszustellung in Aussicht genommen. Diese Dinge harren noch der Erfüllung. Darüber hinaus muß von der Organisation gefordert werden, entsprechend ihrem Aktionsprogramm:

„Erlaß einheitlicher reichsweiter Vorschriften über die obligatorische Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals und die Regelung des Prüfungswesens. Schaffung eines einheitlichen staatlichen Prüfungsamtes für das staatlich geprüfte und anerkannte Krankenpflegepersonal.“ Das letztere erscheint um deswillen geboten, weil heute jede private „Schwesternschaft“ oder ein „Mutterhaus“ in Tracht und Abzeichen selbstherrlich vorgeht.

Die wichtigste Forderung nach Erlaß eines Reichsgesetzes zur obligatorischen Ausbildung des Pflegepersonals ist jedenfalls in Fluß geraten durch die neugeschaffenen Berliner Ausbildungsanstalten.

Der bereits veröffentlichte Entwurf des Reichsgesetzes ist seit Monaten ansehend auf irgerdeinem Geheimratssitz gelandet und ruht dort „wohlverwahrt“. Es bleibt Aufgabe sowohl der Organisation als auch der parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft, die Gesetzgebungsanstalt wieder in Gang zu bringen. Fast nicht, daß kaum ein Beruf so erhebliche Umdügelungen durchgemacht hat, wie die Krankenpflege. Vor allem ist das klavienartige Dasein bei 9-15stündiger Arbeitszeit mit Kost- und Logiszwang ohne Bewegungsfreiheit der Vorkriegszeit verschwunden. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem die Erfolge zu danken sind, hat hier eine Riesiarbeit geleistet, dank dem Zusammengehörigkeitsgefühl aller seiner Mitglieder.

## „Matrosenalbert“ vor Gericht.

### Berlins raffiniertester Ein- und Ausbrecher.

„Matrosenalbert“, Berlins gefährlichster und geschicktester Ein- und Ausbrecher, wurde der Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt, um sich mit mehreren Portiers und Chauffeurs wegen verschiedener Einbrüche zu verantworten.

Allein in der vorliegenden Sache hatte Matrosenalbert, dessen bürgerlicher Name Albert Baumann ist, ein vielfach vorbereiteter „schwerer Junge“, drei Einbrüche verübt, nachdem er sich auch seiner ersten Verhaftung dadurch entzogen hatte, daß er aus dem 3. Stock seiner Wohnung aus dem Fenster an der Telefonleitung herabgeklammert war. Für den Fall, daß ihm dieser Weg zur Flucht abgeschnitten worden wäre, hätte er gleichsam zur Vorjorge eine Platte aus der Wand zum Nachbarhause herausgenommen, die die Beamten in Papier eingewickelt in der Stube als harmloses Paket vorfanden. Als die Beamten den Schrant wogerten, fanden sie hinter demselben das Loch in der Wand und während sie im Nebenhaus nach dem Verbrecher suchten, kletterte dieser in aller Gemütsruhe an der Telefonleitung herab. Die Kriminalassistenten Dettmann und Draheim erklärten vor Gericht, daß Matrosenalbert eine in Verbrechertreuen sehr bekannte Persönlichkeit sei und daß sie ihm jeden schweren Einbruch zutrauten. Diesmal standen zwei Einbrüche bei dem Kürschnermeister Wedel und dem Kaufhaus Berliner in der südlichen Friedrichstadt zur Anklage. Die mitgeflogenen Portiers und Chauffeurs kamen als Abnehmer der Waren in Betracht. Ein Zeuge, von dem die Sachverständigen behaupteten, daß er gemeingefährlich geisteskrank sei, und daß von ihm jederzeit eine Mordtat erwartet könne, erklärte aber auf dem Flur, als er trotz seiner Geisteskrankheit merkte, daß er selbst als Mitbeschuldiger in Frage komme, daß er nicht länger warten könne und verschwand auf immerwiedersehen. Ein Angeklagter war nicht erschienen. Seit zwei Jahren schreibt er dem Gericht Entscheidungsbriefe und bittet um eine milde Strafe, aber kommen könne er nicht. Der Staatsanwaltschaft war es auch nicht gelungen, ihn aufzufinden. Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte Kriminalassistent Dettmann, daß er noch Pfingsten den Mann als Portier in einem der ersten Hotels in Harz gesehen habe. Die Rechtsanwältin Dr. Halpern, Dr. Fren und Weise waren der Meinung, daß die Haupttäter sich zweifellos nicht auf der Anklagebank befänden. Während die Witangeklagten mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr bestraft wurden, wurde Baumann zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Rohlen mit der Pistole.

Mit der Pistole versuchte sich der 54 Jahre alte Schuhmacher Henze aus der Oranienstr. 4 Rohlen zu verschaffen. Henze erschien etwas angetrunken abends auf dem Platz des Rohlenhändlers Semmler in der Schweinmünder Straße und forderte Rohlen. Weil sein Vorrat erschöpft war, erklärte ihm Semmler, daß er warten müsse. Damit war aber der Kunde nicht zufrieden. Nur mit Mühe löste ihn der Händler, ohne ihn anzufassen, langsam nach dem Ausgang zu. Hier zog Henze plötzlich eine Pistole und schlug mit der Drohung: „Du Schieber bist mein, deine Knochen verbrenne ich!“ auf Semmler an. Dieser kam ihm jedoch zuvor und packte ihn fest. Während des Ringens ging ein Schuß los, und die Kugel schlug in die Decke der Einfahrt ein, ohne jemand zu treffen. Semmler entriß dann seinem Gegner die Waffe und übergab ihm der Polizei. Bei der Kriminalpolizei ergab sich, daß die Pistole dem Polizeipräsidenten gehört. Henze will sie vor 5 Jahren von einem Unbekannten gekauft haben. Ohne Zweifel ist sie bei den früheren Unruhen dem Polizeipräsidenten gestohlen worden. Henze, der keinen Waffenschein besitzt, will sich mit Trunkenheit entschuldigen. Er wurde aber verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Ihr laßt den Armen schuldig werden.

Von Arbeitern der Firma Schwarzkopf, Berlin N., erhielten wir vor einigen Tagen eine Zuschrift über bedauerliche Härten bei der Entlohnung von drei Arbeitern. Diese glaubten ihre Klage zu ändern, indem sie beim Aufzählen Stücke von Sacklein, die für die Firma nicht mehr verwendbar sind, für sich als Gehalt ihrer Arbeitsleistung an sich nahmen. Bei dieser Handlung durch einen überfertigen Beamten abgefaßt, wurden alle drei Arbeiter entlassen. Nicht genug damit, sollte den Arbeitern jeglicher Lohn einbehalten werden. Einer dieser Arbeiter, der 19 Jahre bei der Firma be-

schäftigt war und keine Aussicht mehr sah, bei einer anderen Firma beschäftigt zu werden, machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Wenn es sich wirklich nur um ein gelegentliches Mitnehmen unverwendbarer Stücke zum Zweck der Ausbesserung der Arbeitskleidung gehandelt hat, dann ist das rigorose Vorgehen der Firma eine Härte, die sich selbst richtet. Wir wollen den Diebstahl, wo es sich um eine Bereicherung handelt, weder entschuldigen noch verteidigen. Aber wenn ein Arbeiter, dessen Lohn wirklich heute zur Beschaffung anständiger Kleidung nicht ausreicht, ein Stück Sacklein wand nimmt, um sich damit seine Arbeitskleidung notwendig zu füttern, deshalb entlassen wird, und das in einer Zeit der unbeschränkten Bereicherungsmöglichkeit der Bestehenden, dann übersteigt das alle menschlichen Begriffe.

## Ein Diebesrekord.

### 120 Willeneinbrüche verübt.

Welt über 100 Einbrüche verübte eine dreiköpfige jugendliche Bande, die jetzt von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. Bei Nachforschungen nach einer gestohlenen kostbaren Strabiarange stießen die Beamten in einem über beleumundeten Quartier in der Schönhauser Straße auf einen 25 Jahre alten Willi Decker, der behauptete, daß er das Zimmer allein bewohne. Weil er aber über die Bedeutung verschiedener Kleidungsstücke, die für ihn viel zu klein waren, keine befriedigende Auskunft gab, forschten die Beamten weiter nach und fanden nun in der Küche zwei junge Burtschen, die wie die Igel zusammengerollt, nur mit dem Hemd bekleidet, in einem Fensterschrank lagen. Es waren ein 17 Jahre alter Alfred Gramig und ein 18jähriger Kurt Groschinski, zwei Fürsorgezöglinge, die aus der Anstalt entwichen waren, um bei Bekannten im Schönhauser Viertel Unterschlupf zu finden. Die Durchsuchung förderte allerlei Sachen hervor, die auf verschiedene Einbrüche schließen ließen. Die drei wurden festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, nachdem ihnen eine Reihe von Einbrüchen nachgewiesen worden war. Wenige Tage später wurden sie, nachdem sie vorläufig entlassen waren, bei einem Willeneinbruch in Dahlem wieder festgenommen. Die Vernehmungen begannen jetzt von neuem und führten endlich zu der Feststellung, daß das Dreierlied wohl einen Weltrekord im Willeneinbruch aufgestellt hat. Die Verhafteten unternahmen ihre Beutezüge von ihren Schlafwinkeln im Schönhauser Viertel aus nach allen Richtungen, besonders nach dem Westen. Es konnten dem Kleeblatt vorläufig bereits 120 Einbrüche in Charlottenburg, Schöneberg, Steglitz, Lichterfelde, Dahlem, Schliedensee, Nollathsee usw. nachgewiesen werden.

## Der Rathenower Mühlenkrach.

Der Rathenower Dampfmühlencranch wächst sich zu einem riesigen Standaus. Allein 450000 Zentner Weizen sollen verschwunden sein. Neben der Dampfmühle lief stillschweigend eine sogenannte Erntungsgeellschaft. Gingen die Geschäfte gut, so galten sie für die Erntungsgeellschaft gemacht. Im umgekehrten Falle wurden die Verluste auf das Konto der Mühle geschrieben.

Als das Aufsichtsratsmitglied Dr. Gerhard Lutter in Dresden von einem Aktionär um Rücksprache betreffs vorkommender Unregelmäßigkeiten ersucht wurde, teilte Dr. Lutter mit, daß ihm „aus Gesundheitsrücksichten das Sprechen verboten“ sei, da er zur Kur in Todmoss wolle. Der Aktionär Ludwig Hertel in Frankfurt a. M. hatte zu der Generalversammlung im September v. J. nicht rechtzeitig seine Aktien anmelden können. Er fuhr selbst mit den Aktien sofort nach Rathenow, um der Versammlung beiwohnen zu können, da auch ihm von den Unregelmäßigkeiten berichtet worden war. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Mühle, Bankdirektor Karl Krietsch, wurde von Hertel auf Unregelmäßigkeiten in der Mühle hingewiesen. Krietsch verweigerte Hertel den Eintritt zur Versammlung, und erst als dieser sich verpflichtet hatte, keine Anklagen hervorzuheben, wurde ihm der Eintritt gestattet. Bankdirektor Krietsch hat im Rathenow mit dem jetzt verhafteten Direktor Dettmann größere Reisen nach Kissingen und anderen Bädern unternommen. Sämtliche Anklagen gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und der Aufsichtsräte sind durch eldesstaatliche Versicherungen gestützt. Es sind so schwerwiegende Anschuldigungen gegen Krietsch und die Aufsichtsräte von Angehörigen der Mühle bei der Staatsanwaltschaft eingelaufen, daß der Untersuchungsrichter eine große Vernehmung von Zeugen, unter denen sich Angestellte der Mühle und Aufsichtsräte befinden, auf dem Landgericht Potsdam angeordnet hat. Die Güterkassette Rathenow hat allein eine Pfandsumme von 90 Millionen Mark gehabt. Nach langen Verhandlungen hat der Eisenbahnsiskus endlich diese Summe jetzt erlangen können. Trotz all dieser Maßnahmen will der Vorsitzende des Aufsichtsrats vor dem 15. April von den großen Unterschlagungen nichts gewußt haben. Diese Behauptung ist von vielen Zeugen jetzt widerlegt worden.

## Einbruch in eine Synagoge.

Dem großen Einbruch in das jüdische Museum in der Oranienburger Straße, über den wir vor einigen Wochen berichteten, ist in der vergangenen Nacht ein Einbruch in die Synagoge auf demselben Gelände an der Artilleriestr. 31 gefolgt. Die Verbrecher machten auch hier wieder große Beute an Silbergegenständen. Sie stahlen einen neunarmigen Leuchter mit Sodal, mehrere Becher und andere Kultusgeräte, alles Sachen aus schwerem Silber. Der Wert des gestohlenen Gutes steht noch nicht genau fest, ist aber sehr hoch. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 103 des Polizeipräsidenten entgegen. — Von den Museumseinbrechern nahmen der Kommissar und seine Beamten, wie wir mitteilten, zunächst einen Wiener, namens Rudolf Schütz, der der Anführer war, und einen Juchthäuser Karl Schneider aus Frankfurt a. d. Oder fest. Jetzt ist es gelungen, als dritten Mann einen gewissen Erich Kaufmann festzunehmen, dessen Persönlichkeit aber noch nicht ganz fest steht. Der vierte Teilnehmer, ein Ausländer, der sich Adolf Groß nannte, ist noch nicht ermittelt. Auch ist die außerordentlich große und wertvolle Beute noch nicht wieder erbeutet. Schneider hat besonders die ausnahmsweise schöne jüdische Münzensammlung verkauft, weigert sich aber, seinen Fehler zu nennen.

## Schnitzerei in der 306./307. Gemeindefschule.

Die Elternversammlung für die Berliner 306./307. Gemeindefschule in der Raugarder Straße hat den Schnitzerei, den wir als bevorstehend angekündigt, beschlossen. Die Elternschaft hat den Beschluß sofort ausgeführt und den Streik begonnen. Der Streik soll solange fortgesetzt werden, bis den Eltern eine verbindende Erklärung darüber gegeben wird, wann der für die beiden Schulen bestimmte Neubau in Benutzung genommen werden kann. Zu der Angelegenheit erklärt die Schuldeputation für die Alt-Berliner Verwaltungsbezirke 1 bis 6:

Nach dem Bauplan für das Schulhaus in der Raugarderstraße ist nicht nur die Unterbringung des Gymnasiums, sondern auch die der beiden Gemeindefschulen in der Raugarder Straße vorgesehen. Sowohl die Schulleiter als auch Vertreter der Elternschaft haben davon vor längerer Zeit Kenntnis erhalten. Der Magistrat hat bereits die Fertigstellung des Gebäudes aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschlossen, ist aber gezwungen, das Ergebnis noch schwebender Verhandlungen abzuwarten. Die Schulleiter sind bereits ersucht worden, unter Berücksichtigung dieser Umstände die Eltern von dem Streik abzuhalten.

Zuckerlieferung im Juni. Die Zuckerkontrollstelle teilt mit, daß im Monat Juni die beiden Juniabchnitte A und B mit je einem Pfund sowie der Sonderabchnitt Nr. 1 mit einem Pfund, soweit letzteres noch nicht gegeben ist, beliefert werden können.

## „Sparsamkeit“.

Die Sparsamregeln der Behörden sind leider sehr nötig, doch man sollte sie nicht zu lächerlichem Spott ausarten lassen. Damit kein Sachwert verloren geht, wird z. B. jedes Feghen bedruckten oder unbedruckten Papiers noch erwartet. Ob aber dabei Arbeitskraft aufgewendet werden muß, die ein Vielfaches des ersparten Wertes kostet, diese Frage scheint man nicht immer mit hinreichender Sorgfalt zu prüfen. Im „Vorwärts“ sind Fälle mitgeteilt worden, in denen Behörden bei Postsendungen ältere Dienstmarken von jetzt ganz geringem Wert in außerordentlich großer Zahl verwendet hatten, weil sie ihre Vorräte aufbrauchen wollten. Das erfordert viel Arbeit für die Behörde, die so eine Sendung abschickt, und auch nicht wenig Arbeit für die Post, die auf jede Marke ihren Entwertungstempel drücken muß. Aber die „Sparsame“ Behörde hat wenigstens die Freude, sich sagen zu dürfen, daß sie nichts umkommen läßt“. Aus einem Orte des Kreises Spremberg überbendete ein Posteigentümer eine ihm vom Amtsobersteher erteilte polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung einer Langluftbarkeit“. Das Schriftstück ist beklebt mit Marken im Werte von 2000 M., die der Briefträger zu entrichten gehabt hat. Hierzu sind nicht weniger als 132 Marken verwendet worden, Marken von meist ganz geringem Wert, der hinabgeht bis zu nur einer Mark. Da der Foliobogen des Schriftstückes nicht ausreichte, diesen Markenlegen aufzunehmen, so wurde mit viel Sorgfalt noch ein zweiter Foliobogen angeklebt. Zur Entwertung dieser Marken waren nicht weniger als 160 Stempel nötig, die vom Postamt Moskau offenbar mit Vorsicht und Bedacht aufgedrückt wurden, damit sie möglichst in Reich und Glanz stehen. Wissen möchten wir, wieviel Zeit auf die ganze Arbeit verwendet worden ist und welchen Wert die Arbeitskraft hat. Wir werden dem Gastwirt das Schriftstück zurückschicken, damit er es aufbewahren kann als ein Dokument aus unserer Zeit, in der eine Behörde so zu „sparen“ versteht.

## Der zweite Rentenversuch vor dem ersten?

Ein alter Parteigenosse schreibt uns zu der Veröffentlichung in Nr. 123 „Rentenversuche für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen.“ Der Reichsarbeitsminister hat angeordnet, daß in der Zeit vom 1. bis 10. Juni ein zweiter Rentenversuch ausgeführt wird. Der Minister hätte lieber anordnen sollen, daß der erste Versuch erst einmal geplatzt wird, welcher in der Zeit vom 10. bis 20. April ausgeführt werden sollte und den bis heute noch nicht alle Empfangsberechtigten erhalten haben. Ich habe zwei Kinder von 8 und 15 Jahren zu ernähren, welche mir der Berufsvormund der Stadt Berlin ohne Kostgeld überwiesen hat. Trotz dreimaligem Besuch der Ausgabungsstelle über es meiner Frau nicht möglich, den Versuch zu erhalten. Die Rente trifft auch mit regelmäßiger Verspätung ein.

Eine Rathenauer-Gebärdensfeier im Reichstage. Am Sonntag, den 24. Juni, dem Tage, an dem der Nord an Walter Rathenau geschah, findet im Plenarsitzungslokal des Reichstags eine Gebärdensfeier statt. Die Veranstaltung wird von den Berliner republikanischen Verbänden vorbereitet.

Das Bezirksamt Friedrichshagen benötigt dringend Pflegetellen für Waisenkinder, namentlich solche für Säuglinge und Kleinkinder bis zu 6 Jahren. Neben Kleidung und freier ärztlicher Behandlung werden in Berlin zuerst folgende Pflegeplätze gewährt: Kinder bis zu 2 Jahren 38 000 M., Kinder von 2 bis 10 Jahren 40 000 M., Kinder von 10 bis 14 Jahren 33 000 M. monatlich. Anträge nehmen die zuständigen Wohlfahrts- und Jugendkommissionen und auch das Bezirksjugendamt Friedrichshagen, Markusstr. 40, entgegen.

Die Inanspruchnahme der Lichterberger Schulschule im Jahre 1922 war etwa die gleiche wie im Vorjahre: 12 033 Kinder, davon 5007 Knaben und 7031 Mädchen. Ingesamt wurden 23 324 Behandlungen vorgenommen. Die systematische Klassenbehandlung wurde eingeführt und die im Arbeitsplan vorgesehene Behandlung der 70-Klasse durchgeführt. Von den 1367 unterrichteten sechs-jährigen Kindern waren allerdings nur 343 (25 Proz.) frei von Zahnkrankheiten, doch konnten 760 Kinder saniert werden und nur 228 (17 Proz.) mußten der poliklinischen Behandlung überwiesen werden.

Volksbildungsamt Ketzsch. Sonntag, den 10. Juni, nachm. 2 Uhr, im Staatlichen Schauspielhaus, Neubaugarten: Letzte Vorstellung! Zur Aufführung gelangt: „Der arme Teicher“, Schauspiel in 12 Bildern von Gerhart Hauptmann, u. a. bei Gärtners, Bismarckstr. 14, bei Lindner, Kaiser-Friedrich-Str. 36/37, im Volksbildungsamt, Rathaus, Zimmer 254. Umtausch der alten Mitgliedsarten der Kunstgemeinde und Renaufnahmen müssen umgehend erledigt werden.

Athen ist ohne Wasser. Die große Wasserleitung Adrians, die die ganze Stadt versorgt, ist durch einen Bergbruch unterbrochen worden. Man begt lebhafteste Befürchtungen von hygienischen Standpunkt aus. Die Ärzte befürchten eine Zunahme von ansteckenden Krankheiten.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis Liegnitz. Sonnabend, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, Plakat im Sekretariat, Lindenstr. 3, abholen.
3. Kreis Wedding. Sonnabend, den 2. Juni, 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes am bekanntem Stütz.
4. Kreis Reinickendorf. Sonnabend, den 2. Juni, nachmittags von 5-7 Uhr, holen die Abteilungsleiter vom Sekretariat, Lindenstr. 3, Material ab.
17. Kreis Lichterberg. Abteilungsleiter: Sonntag vormittags 1/2 Uhr Material abholen bei Seitz, Kranzprinzenstr. 40.

## Morgen, Sonntag, den 3. Juni:

4. Vol. Allgemeiner Familienausflug nach dem Alten Gieschäusen in Treptow. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr. Abfahrt 10 Uhr bei Hermann Schwarz, Wriezenerstr. 10. Nachzügler treffen sich mit der Abteilung am Bestimmungsort.

## Jugendveranstaltungen.

Am Sonntag, den 3. Juni, findet in der Aula der Schule Strinstra die diesjährige Generalversammlung statt. Alle Delegierten müssen pünktlich um 9 Uhr erscheinen. Genossen, die eine Gehörte besitzen, haben nur Zutritt unter gleichzeitiger Vorlegung des Mitgliedsbuches. Die Mandats der Delegierten sowie die Geschlanten müssen von der zuständigen Abteilung unterzeichnet sein. Der Bezirksvorstand.

## Morgen, Sonntag, den 3. Juni:

- Wahl: Wanderung nach Strausberg-Stienitz. Treffpunkt 1/2 Uhr bei W. Wriezenerstr. 10. — Wanderung nach Potsdam-Schwielowsee-Werder. Treffpunkt 1/2 Uhr Wriezenerstr. 10. — Wanderung nach Rixdorf. Treffpunkt heute abend 6 Uhr bei G. Gieseler. — Wahl: Wanderung Dreilinden-Weidenauer Schloß. Treffpunkt 1/2 Uhr Strom. — Die Turnreise. — Rieberschloßwanderung: Wanderung nach den Rieberschloßbergen. Treffpunkt 6 Uhr Rieberschloß. — Gärten: Wandwanderung nach Trenzburg-Schiffsee-Schloß. Treffpunkt heute abend 1/2 Uhr Gieseler Wriezenerstr. 10.

## Aus der Partei.

Der zweite Sekretär der Internationale, Genosse Dr. Friedrich Adler-Wien, ist vom deutschösterreichischen Parteivorstand im Einverständnis mit der Exekutive der Internationale zunächst nur für ein halbes Jahr nach London beurlaubt worden.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Volkskulturbund Kultur-Kreis Berlin-Brandenburg. Beginn der Arbeitsgemeinschaft über „Wahrheit, Theorie des historischen Materialismus“ Sonnabend, den 2. Juni, abends 10 Uhr, Schule Bismarckstr. 14. — Offentliche Kaufmannsversammlung Sonntag, den 3. Juni, nachmittags 2 Uhr, unter freiem Himmel im Lustgarten am Berliner Dom. Tagesordnung: „Der Staatsbankrott und die Sozialistenverbrechen“. Daran anschließend Demonstrationsumzug. Berlin der Freidenker für Frauenbefreiung. 13. Verwaltungsbereich (Kampffeld, Mariendorf, Mariensfeld, Lichterberg). Montag abend 8 Uhr in der Aula Kaiserstraße Bülowort. Vortrag: Einmal 100 M.



# Finanzhoheit der Berliner Bezirke?

Von Stadtkämmerer Dr. Karding.

Am Montag tritt der Ausschuss des Preussischen Landtags zusammen, der die Abänderung des Groß-Berliner Gesetzes beraten soll. In den jetzt vorliegenden Berichten der Bezirksbürgermeister sprechen sich alle Bezirke für die Aufrechterhaltung der zentralen Steuerhoheit des Zentralmagistrats aus. Die Ausführungen des Berliner Stadtkämmerers Dr. Karding sind geeignet, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheitsgemeinde noch besonders zu unterstreichen.

Die Berliner Bezirke haben den Wunsch nach größerer Bewegungsfreiheit in ihrer Verwaltung. Eine Zeitlang hat man gemeint, daß zu einer solchen Beweglichkeit eigene Einnahmen gehören müßten, und hat mit dem Gedanken gespielt, bei einer Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin den Bezirken die eine oder andere Steuer zur selbständigen Bewirtschaftung überlassen zu können. Es lag nahe, dabei an solche Steuern zu denken, welche wie die Grund- und Gebäudesteuer in ihrem Ertrage abhängt von der Eigenart des Bezirks, noch mehr aber an die kleineren, indirekten Steuern, die in letzter Zeit, da sie in Prozenten erhoben werden und daher der Selbstwertung rasch folgen, größere Bedeutung gewonnen haben. Indessen gerade der schwankende Geldwert macht ein solches Verfahren unmöglich. Die einzelnen Steuern haben in ihrer Bedeutung für den Gesamthaushalt in den letzten Jahren sich ungeheuer verschoben. Wer hätte es früher für möglich gehalten, daß die Luftverkehrssteuer, die Beherbergungssteuer oder die Hundesteuer einmal mehr einbringen werden als die alte Grund- und Gebäudesteuer? Und doch ist dies der Fall. Und wenn man in den Bezirken für irgendein Gebiet der Haushaltswirtschaft etwa die Mittel durch die Grundsteuern des Bezirks hätte vorsehen wollen, so wären alle Berliner Bezirke auf diesem Gebiet heute mittellos.

Der stärkste Einwand aber ist ein anderer. Die steuerlichen Einnahmen der Bezirke sind tatsächlich so außerordentlich verschieden, daß sie sich jeder Inbeziehungsetzung zu irgendeinem Teil der Haushaltsausgaben oder auch zum Gesamtbudgets haushalt entziehen. Darüber möge die folgende Uebersicht ein anschauliches Bild geben. Es sind dabei die Steuereinnahmen sowohl im ganzen als in den großen Steuergruppen gegenübergestellt dem Anteil der Bezirke an der Einwohnerzahl und am Haushaltsbedarf. Zur Vereinfachung sind die beiden größten, die beiden kleinsten und die beiden mittleren Außenbezirke ausgewählt. Bei den übrigen liegt es nicht anders. Die Steuereinnahmen sind nach dem Stande vom 31. März 1923 genommen, zu den Grundsteuern sind die Grunderwerbssteuer und Wertzuwachssteuer, zu den Gewerbesteuern die Umsatzsteueranteile, Betriebssteuer, Schanferlaubnissteuer gezählt.

	Mit- Berlin	Charlot- tenburg	Rein- ick	Steglitz- Zehlendorf	Spandau	Weißen- hof	Zehlendorf
Anteil an der Gesamtbevölkerung	40,6	8,9	7,2	8,8	2,7	1,4	1,0
Anteil am Gesamtbedarf der Bezirke	45,9	10,6	6,8	8,8	3,2	1,9	1,5
Anteil am Gesamtsteueraufkomm. 23 (Stand v. 31. 3. 23)	64,6	9,6	2,8	1,8	2,2	1,0	0,7
Anteil an den Einkommensteuern	55,9	10,8	4,0	3,1	2,2	1,0	1,0
Anteil an den Grundsteuern	37,9	9,4	4,3	5,2	2,8	1,8	4,5
Anteil an den Gewerbesteuern	72,1	8,9	1,8	0,7	2,5	0,9	0,2
Anteil an den sonstigen Steuern	69,1	10,0	2,5	1,7	0,8	0,6	0,6

Die Uebersicht zeigt, wieviel mehr Alt-Berlin an Steuereinnahmen verhältnismäßig aufbringt als die Außenbezirke. Nur bei den Grundsteuern tritt es zurück. Charlottenburg steht ziemlich ausgeglichen da. Um so auffälliger sind die Unterschiede bei Neukölln, das in allen Steuergebieten nur einen Bruchteil der Einnahmen aufbringt, die seinem Haushalt und seiner Größe entsprechen müßten. Die mittleren und kleinsten Bezirke haben regelmäßig einen verhältnismäßig recht geringen Anteil an den sonstigen Steuern, zum Teil (Steglitz, Zehlendorf) auffallend geringen Anteil an den Gewerbesteuern, andererseits verhältnismäßig höhere Grundsteuererträge. Jedenfalls liegt es auf allen steuerlichen Gebieten so verschiedenartig, daß ohne weiteres die Unmöglichkeit erhellt, die eine oder andere der Steuern oder Steuergruppen als selbständige Einnahme oder als Dotation den Bezirken zu überweisen. Die größte Ungerechtigkeit wäre die Folge. Nicht durch Schaffung eigener Einnahmen, sondern nur durch stärkere Beweglichkeit in den Ausgaben kann den Bezirken eine größere Selbständigkeit in ihrer Verwaltung und Wirtschaft geschaffen werden.

## Die Neuorganisation der Berliner Werke.

Endlich, nach jahrelangen Auseinandersetzungen und Kämpfen, scheint es, als ob die Frage der Neuorganisation der Berliner Werke (Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn) entschieden werden soll. Die bürgerlichen Parteien haben jahrelang einen hartnäckigen und zähen Kampf um diese Wirtschaftsbetriebe der Gemeinde geführt in der Hoffnung, die Entkommunalisierung dieser Betriebe oder mindestens die ausschlaggebende Beteiligung privaten Kapitals an diesen Betrieben durchsetzen zu können. Die Motive der bürgerlichen Parteien bei diesem Kampf waren verschieden. Die scheinbare Unrentabilität fast aller Gemeindebetriebe infolge des Aufbaus während des Krieges und der mangelnden Substanzerneuerung nach dem Kriege hat diesen Kampf unterstützt, mag in den Augen eines breiteren Publikums auch eine der Hauptursachen gewesen sein, während in Wirklichkeit andere Erwägungen maßgebend waren. Durch die Entkommunalisierung der Gemeindebetriebe sollte die Stellung der Arbeiterschaft getroffen und andererseits die Gefahr einer drohenden Erweiterung öffentlicher Wirtschaft abgewendet werden.

Heute kann man sagen,

Dieser Angriff ist abgeklungen.

Die Umbildung der städtischen Güter in eine GmbH. hat ihre Rentabilität wesentlich erhöht und ihre Verpachtung in letzter Stunde verhindert. Die Wirtschaft der großen städtischen Werke hat sich soweit konsolidiert, und beginnt sich von den Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit soweit zu erholen, daß ganz abgesehen von dem zähen Widerstand der Sozialdemokratie, die durch den Magistrat diesen Plänen ein Veto entgegenzusetzen konnte, auch in bürgerlichen Kreisen sich die Stimmen gegen eine Entkommunalisierung mehren und wieder die

Tendenzen zum Vorschein kommen, die bereits vor dem Kriege innerhalb gewisser Grenzen für Kommunalisierung eingetreten sind. Heute geht die Entscheidung nicht mehr um die Frage, ob der Besitz der Werke ganz oder teilweise in Form einer Aktiengesellschaft Privatkapitalisten ausgeliefert werden soll, heute handelt es sich nur noch darum, daß aus den in langen Jahren gemachten wirtschaftlichen und organisatorischen Erfahrungen die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Im Zeitalter des Flugzeuges kann man nicht mehr mit der Postkutsche fahren. Bei den gesteigerten Ansprüchen, die heute an jedes Wirtschaftsunternehmen in bezug auf kaufmännische und technische Beweglichkeit gestellt werden, ist es unmöglich,

## Oeffentliche Versammlungen

am Dienstag, 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Moabit: Gesellschaftshaus, Wicteffstr. 24.
- Pahnhof: Ausschank, Chausseest. 64.
- Bölow-Bräuerei, Prenzlauer Allee 242.
- Andreas-Festhalle, Andreassstr.
- Charlottenburg: Edmanns Festhalle, Wilmersdorfer Ede Scharrenstraße.
- Wilmersdorf: Viktoriagarten, Wilmersau 114/115.
- Schöneberg-Friedenau: Ufandschule, Kolonnenstr. 22/23.
- Steglitz-Lichterfelde: Oberrealschule, Eissenstraße.
- Neukölln: Wintergarten Schultheiß-Bräuerei, Hagenheide 22/31.
- Lichtenberg: Anla Parlaue, an der Möllendorffstraße.
- Reinickendorf-Ost: Bürgergarten, Hauptstr. 51.

### Tagesordnung: Das Angebot der Industrie — Ein Attentat auf Republik und Arbeiterschaft!

Redner sind: Altmaier, Crispian, Dr. Berg, Heutig, Künstler, Dr. Levi, O. Meier, Dr. Rosenfeld, Rob. Schmidt, A. Stein, Wiffell.

Genossen! Agitiert überall für einen guten Besuch der Versammlungen, zeigt durch ein Massenaufgebot, daß die Berliner Arbeiterschaft gewillt ist, die Pläne der Schwerindustrie zu Schanden zu machen.

Zur Deckung der Unkosten 100 Mark Eintritt  
Bezirksverband Berlin USPD.

städtische Wirtschaftsbetriebe auf der Höhe zu erhalten, ohne daß die in der kapitalistischen Wirtschaft gemachten Erfahrungen auch bei ihnen angewandt werden. Die Umwandlung kommunaler Regiebetriebe in Gesellschaften ist deshalb, solange es nicht um eine Besitzübertragung handelt, mit Entkommunalisierungstendenzen nicht auf eine Stufe stellen. Hier handelt es nicht mehr um Befreiung des gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Charakters der Unternehmungen, sondern darum, daß diese Unternehmungen auch in ihrer Organisation modern gehandhabt werden müssen. Die Reform der Verwaltungsform bedeutet in ihrem Endeffekt eine wesentliche Stärkung der gemeinlichen Betriebe, die dadurch Bewegungsfreiheit erhalten und ihre wirtschaftliche und finanzielle

### Leistungsfähigkeit wesentlich steigern

können. Sie ermöglicht auch durch die Formen der Aufsichtsräte usw. eine in Wirklichkeit weitergehende und wirksamere Kontrolle und eine schärfere Eingriffsmöglichkeit der von der Öffentlichkeit eingesetzten Kontrollorgane, die dadurch gegenüber dem jetzigen Zustand größere Befugnisse erhalten, an denen auch die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, auf Grund des Gesetzes über die Vertretung in Aufsichtsräten teilnehmen können.

Die Arbeiterschaft ist an dieser Reorganisation in jedem Falle auf das lebhafteste interessiert. Der wirkliche Ausbau kommunaler Betriebe ist ein Lebensinteresse aller Arbeiter. Aber auch die städtischen Arbeiter, für die die Gemeindebetriebe Arbeits- und Existenzgrundlage sind, haben ein außerordentliches Interesse daran, daß diese — in gewissem Sinne ihre — Betriebe zur höchsten Leistungsfähigkeit ausgestattet werden. Es besteht nicht die geringste Befürchtung, die gelegentlich aus durchsichtigen Gründen von kommunistischer Seite verbreitet wird, daß eine solche organisatorische Reform der Werke, die Stellung der Gemeindearbeiter schwächen würde. Einmal ist in allen Gesellschaftsentwürfen vorgesehen, daß die besonderen sozialen Bestimmungen des Manteltarifs erhalten bleiben müssen und dann hat ja auch die Erfahrung der Nachkriegsjahre zur Genüge gelehrt, daß auch die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft letzten Endes von ihrer eigenen gewerkschaftlichen und organisatorischen Stärke und von dem wirtschaftlichen Gedeihen der Unternehmungen selber abhängt und daß es auf die Dauer keine Mittel zur künstlichen Steigerung gibt, es sei denn, daß sie sich auf die Dauer gegen die Arbeiter selber wenden würden. Die Einsicht in diese Zusammenhänge ist heute weit genug verbreitet, so daß man wohl annehmen kann, daß die Reformarbeit, die eine wesentliche Konsolidierung und Befestigung des gemeinlichen Betriebes zur Folge haben muß, heute von überwiegender Mehrzahl der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter richtig verstanden werden wird. Die Form der neuen Gesellschaftsbildung, über die in den nächsten Wochen entschieden werden wird, ist gegenüber dem grundlegenden Gedanken, der sich jetzt durchgesetzt hat, von untergeordneter Bedeutung. Was werden über die Ergebnisse dieser Beratungen berichtet, sowie sie vorliegen.

## Wirtschaft

### Privatwirtschaftliche Betriebsform der Reichsbahn?

Im Garantieangebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie wird u. a. gefordert, daß alle Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regeneriert werden.

Der Hauptbetriebsrat im Reichsverkehrsministerium hat nun zu dieser Forderung Stellung genommen. Da der Ausdruck „nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen“ verschieden ausgelegt werden kann, geht die Kritik des Hauptbetriebsrates davon aus, daß der Reichsverband entsprechend seiner früheren Denkschrift auch jetzt die Ueberführung der Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft verlangt. Dieser Plan hat schon damals den einmütigen Widerstand des Personals hervorgerufen. Das ist jetzt noch mehr der Fall. Das Personal hängt mit allen Fasern an der Beibehaltung der Eisenbahn in Reichshand. Es hat durch seine Mitarbeit bewiesen, daß es bereit ist, die Betriebsform der Eisenbahn in allen ihren Zweigen zu einem modernen, der Privatindustrie gleichwertigen Betrieb zu gestalten. Durch einwandfreie Nachweisungen und Vergleiche mit der Privatindustrie ist mehr

wie einmal bewiesen und von dieser selbst bestätigt, daß die Betriebsführung der Eisenbahn der der Privatindustrie nicht nachsteht; ja sie in einigen Zweigen überträgt.

Das Gutachten bezeichnet es als einen schweren politischen Fehler, daß die Forderungen des Reichsverbandes während des Ruhrkampfes veröffentlicht wurden. Arbeiter und Beamte erhalten dadurch in dem Kampf um ihr Ideal, den Ausbau des Staatsbetriebes und der Fortentwicklung zur Gemeinwirtschaft, einen schweren Schlag; nicht minder gilt das auch für ihren Wunsch, sich innerhalb des Staatsbetriebes eine Lebensstellung zu sichern. Die französische Propaganda könnte sich diese Argumente nicht zunutze ziehen.

Besonders beachtlich sind die Gründe, die der Hauptbetriebsrat anführt, um den wirtschaftlichen Fehler der Industrieforderungen zu kennzeichnen.

Die Industrie garantiert nach Erfüllung ihrer Voraussetzungen, aus der Eisenbahn anfangs 600 Millionen und später eine Milliarde in Goldmark jährlich herauszuwirtschaften. In den besten Jahren der Eisenbahnen, im Jahre 1913, hatten diese einen Wirtschaftserfolg von rund einer Milliarde Goldmark. Die deutsche Wirtschaft war damals in Hochkonjunktur. Diese Erfolge wurden gezeitigt bei einer rücksichtslosen Betriebsführung, bei der die nötigen Abschreibungen und Erneuerungen der Materialien und Werkzeuge gemacht wurden. Aus diesem Grunde sind wir jetzt auch gezwungen, die riesigen Umstellungsarbeiten in unseren Betrieben vorzunehmen. Die Gründe für die Unmöglichkeit, die angebotene Summe herbeizubringen, sind folgende:

Das Personal hat durch Umstellung der Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen — Akkordverfahren, Fristverfahren, Dienstbauverfahren usw. — schon der Wirtschaftlichkeit des Betriebes die größten Opfer gebracht. Den Beweis dafür bilden die Statistiken des Reichsverkehrsministeriums, wonach die Verteilung der Ausgaben wie folgt verschoben wurde:

1913: Ausgaben für Löhne und Gehälter rund 60 Proz. der Gesamtausgaben, für Materialien und Betriebsstoffe 40 Proz. der Gesamtausgaben.

1922: Ausgaben für Löhne und Gehälter rund 70 Proz. der Gesamtausgaben, für Materialien und Betriebsstoffe 30 Proz. der Gesamtausgaben.

Durch die Verschiebung dieses Verhältnisses ist erwiesen, daß bis auf verschwindende Ausnahmen aus dem Personal nennenswerter nicht mehr herauszuwirtschaften ist. Eine noch schärfere Politik gegen das Personal wie in der letzten Zeit muß zur Unruhe im Betriebe führen und damit erfolgshindern wirken.

Den Erfolg durch eine rücksichtslose Tarifpolitik herauszuholen, würde die schwächeren, jetzt erst im Aufbau und in der Entwicklung begriffenen Teile der Volkswirtschaft schädigen, ihnen jede Transportmöglichkeit nehmen und durch das Gesetz des Optimum den Enderfolg der Eisenbahn zerstören. Auch würden die sozialen Verpflichtungen der Eisenbahn dem Staat gegenüber, Siedlungswesen, Urlaubsfahrten, Kinderfürsorge direkt gestört und verhindert werden.

Ein Erfolg wäre für die ersten Jahre eventuell möglich, wenn keine normalen Abschreibungen, Erneuerungen und Reparaturen gemacht würden. Dieses Gewinnmachen auf Kosten des Betriebes würde sich aber in einigen Jahren in der wachsenden Betriebsunsicherheit durch die Verschlechterung des Oberbaues, der Verwaltung unserer Anlagen bei den Hauptverpflichtungen, dem Mangel an einer vernünftigen Vorrats- und Erneuerungswirtschaft deutlich bemerkbar machen, und die Reichsbahn in den Zustand des alten Eisens versetzen, sowie eine Defizitwirtschaft von nie dagewesener Höhe heraufbeschwören müssen.

Die Umwandlung der Reichsbahn in eine Erfolgswirtschaft unter gemeinsamer Arbeit von Verwaltung und Personalvertretung vor der Ruhrbesetzung hat bewiesen, daß der Entwicklungsweg ein richtiger war.

Ein gewalttätiger Eingriff oder plötzliche Umstellung in eine andere Betriebsform würde diese Gesundung stören und die Defizitwirtschaft in einer noch nie dagewesenen Höhe heraufbeschwören.

Der deutsche Postverkehr im Jahre 1922. Die Geldentwertung, die besonders seit dem Herbst vorigen Jahres einen großen Umfang angenommen hat, spiegelt sich auch in den Ergebnissen des deutschen Postverkehrs für 1922 wieder. Der Umsatz hat mehr als neun Billionen Mark (9097 Milliarden) betragen und sich gegen das Jahr 1921 nahezu verdreifacht. Ein sehr erfreuliches Bild bieten die Ergebnisse des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, in dem 7892 Milliarden Mark oder 86 Proz. des Gesamtumsatzes bestritten worden sind. Ende 1922 haben dem Postverkehrsrecht 913 789 Kunden angehört. Das Guthaben hat um 231 Milliarden Mark zugenommen und Ende 1922 243 Milliarden Mark betragen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 2089,50 Geld, 2100,50 Brief, 100 österr. Kronen (abgest.) 106,73 Geld, 107,27 Brief, 1 ungarische Krone 13,71 Geld, 13,79 Brief, 1 bulgarische Bana 827,50 Geld, 832,50 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 877,50 Geld, 882,50 Brief, 1 Polenmark galt im freien Verkehr etwa 1,25 M.

## Arbeitersport.

### Jubiläum des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

30 Jahre Arbeit. — Fast 1 Million Angehörige.

Gleichzeitig mit der Feier des Reichsarbeiterportages (Rast) kam die größte Arbeiterportorganisation aller Länder, der deutsche Arbeiterturn- und Sportbund, auf ein 30jähriges Bestehen zurückzublicken. Im Jahre 1893 war es, als sich zu Pfingsten 39 Delegierte aus 51 Vereinen in Gera zusammenfanden und den Bund gründeten. Die eigentlichen Anfänge datieren aber schon aus dem Jahre 1890, als das Sozialistengesetz sie und die Arbeiterschaft allenthalben an den Rev. bzw. Wiederaufbau ihrer Organisationen ging. Zunächst bildeten sich an einzelnen Orten Arbeiterturnvereine. Der erste Zusammenschluß erfolgte 1892 in Brandenburg, welche Stadt als die Wiege des Bundes bezeichnet werden kann. Hier wurde zunächst der „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ gegründet. Inzwischen bildeten sich auch in anderen Landesteilen Arbeiterturnvereine und schlossen sich zu Landesorganisationen zusammen, sogar der deutsche Dichter und spätere „Eimplizitimus“-Mitarbeiter Edgar Steiger begeisterte sich für die neue Bewegung und stellte sich während in ihren Dienst. Die folgenden Jahre brachten eine schnelle Vorwärtswicklung des Bundes. 1894 wurden 125 Vereine mit 9096 Mitgliedern gezählt, 1900 bereits 512 Vereine mit 37 371 Mitgliedern, 1905 949 Vereine mit 80 147 Mitgliedern, 1910 1806 Vereine mit 153 582 Mitgliedern, bei Beginn des Krieges rund 2500 Vereine mit 200 000 Mitgliedern. Der große Ausschlag des Jugend- und Kinderturnens führte besonders in Preußen zu den Jugendturnvereinen in Arbeitervereinen. Es entstand die Aera Stadt und Troit zu Solz in inziger Verbindung mit der deutschen Turnerschaft, die die Jugendturnvereine mit Geldstrafen und Gefängnis belegte sowie den Arbeiterturnern die Turnhallen und öffentlichen Spielfläche entzog. Ihren Abschluß fanden diese Verfolgungen erst mit Beginn des Krieges. Die Renovation brachte auch den Arbeiterturnern die Gleichberechtigung. Die durch den Krieg zerstörten Vereine wurden wieder aufgebaut, viele Vereine und ganze Gauen der deutschen Turnerschaft traten zum Arbeiterturnbund über. 1920 waren bereits wieder 3081 Vereine mit 342 798 Mitgliedern vorhanden, 1921 4175 Vereine mit 588 197 Mitgliedern, darunter 60 000 Fußballspieler, die ihre technischen Fragen in besonderen Unterorganisationen regeln. 1922 trat der Arbeiterwasserportverband mit 50 000 Mit-



